



Waldemar Zorn:

Modellversuch im Landkreis Würzburg

Wie förderlich es ist, in Arbeit, statt in Arbeitslosigkeit zu investieren, zeigte der Würzburger Landrat bei der Projektpräsentation in München auf. **Seite 11**



Dr. Alfred Lehmann:

Quo vadis Ingolstadt?

Bürger, Stadtrat und Stadtverwaltung arbeiten trotz harter Zeiten erfolgreich an ihrer Stadt, lautet die Zwischenbilanz des Oberbürgermeisters. **Seite 12**



Friedhelm Bihn:

Mehr Fahrgäste in Bussen und Bahnen

Der öffentliche Verkehr konnte nach den Worten des VDV-Pressesprechers seinen Anteil am „Modal Split“ kontinuierlich steigern. **Seite 5**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 21. Mai 2004

54. Jahrgang / Nummer 10

GZ-Interview mit Staatsministerin Monika Hohlmeier:

Beim G8 greift das Konnexitätsprinzip

Achtjähriges Gymnasium wird nachhaltiges Lernen fördern

Um unseren jungen Menschen im internationalen Wettbewerb bessere Chancen einzuräumen, hält Kultusministerin Monika Hohlmeier eine Verkürzung der Schulzeit für unabdingbar. Bei der Einführung des achtjährigen Gymnasiums möchte die Staatsregierung die Kommunen jedoch „keinesfalls im Regen stehen lassen“, versicherte die Ministerin gegenüber der Bayerischen Gemeindezeitung.

GZ: Die Entscheidung zum G8 hat auch die Kommunen überrascht. Was machte die Einführung dieses neuen Gymnasiums so notwendig?

Hohlmeier: Die internationale und nationale Entwicklung zeigt, dass wir alles daran setzen müssen, die Ausbildungszeit unserer Schülerinnen und Schüler zu reduzieren. In England oder Frankreich treten die Hochschulabgänger mit durchschnittlich 24 Jahren in den Beruf ein, während sie in Deutschland 28 Jahre alt sind. Auch in Deutschland hat sich die Situation in den letzten beiden Jahren drastisch verändert: Inzwischen haben 14 von 16 Ländern eine verkürzte Schulzeit eingeführt oder ihre Einführung beschlossen. Wenn wir nicht einen entsprechenden Schritt getan hätten, hätten wir riskiert, dass unsere bayerischen Schülerinnen und Schüler international und national den Anschluss verlieren.

können und deswegen ein späterer Berufsstart für den Einzelnen im Alter deutliche finanzielle Einbußen erbringt. Es wäre unverantwortlich, wenn die Politik diesen Tatsa-

GZ: Hätte die Abstimmung mit den Kommunen als Sachaufwandsträger nicht intensiver sein müssen?

Hohlmeier: Noch nie zuvor wurden Lehrkräfte, Eltern und Schüler so umfassend in eine Diskussion über eine Schulreform einbezogen, wie dies im Zusammenhang mit der Ausgestaltung des achtjährigen Gymnasiums der Fall war. Über 20 Stunden Telefon-Hotline und Internet-Chat sowie 40 Dialogveranstaltungen mit 6000 Beteiligten sprechen eine deutliche Sprache.

Intensive Beratungen

Aber nicht nur intensive Beratungen mit Eltern, Lehrkräften und Schülern haben die Reform des Gymnasiums begleitet, sondern auch umfassende Gespräche mit den politischen Spitzen aller Sachaufwandsträger, also mit den Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern. Wir sind im konstruktiven Dialog mit den Kommunen und Landkreisen zu hervorragenden Ergebnissen gekommen. Auch im Konsultationsverfahren mit den kommunalen Spitzenverbänden, das hart, aber stets sachlich war, haben wir eine Einigung erzielt. Dies ist ein großer Erfolg und zeigt, dass wir das Konnexitätsprinzip ernst nehmen. Ich darf aber auch sagen, dass ich großen Respekt vor der Aufgeschlossenheit habe, mit der Kommunen und kommunale Spitzenverbände dem neuen achtjährigen Gymnasium gegenüberstehen. Ich möchte ihnen (Fortsetzung auf Seite 4)



Ministerin Monika Hohlmeier.

chen nicht offen in die Augen sehen und entsprechende Reformen einleiten würde. Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit ist hier nur eine Säule.

Sozialpolitische Entwicklungen

Die Verkürzung der Ausbildungszeiten ist aber auch vor dem Hintergrund der sozialpolitischen Entwicklungen in Deutschland zu sehen. Die Sozialversicherungssysteme können auf Dauer nur gesichert werden, wenn unsere Absolventen früher als bisher in das Berufsleben einsteigen. Zu bedenken ist auch, dass nach dem Beschluss der Bundesregierung Ausbildungszeiten nicht mehr auf die Rentenzahlungen angerechnet werden

GZ lädt zur 8. Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung:

Virtuelle Behörde erneut in Garching

Um „Sicherheit im Cyber-Crime“ geht es am 1. Juli 2004 im Garchinger Bürgerhaus, wenn die Bayerische Gemeindezeitung zum achten Mal zur „Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung“ einlädt. Die schweren Attacken, denen öffentliche und private User in jüngster Zeit ausgesetzt waren, haben alle anderen Themen auf die Plätze verwiesen. Trotzdem wird in Garching genügend Zeit und Raum vorhanden sein, wieder die neuesten Hard- und Software-Produkte für Behörden zu zeigen.

Das sind die Themen:

- ≧ Archivierung
- ≧ Baugenehmigungsverfahren
- ≧ Behördenanwendungen
- ≧ Behörden-Intranet
- ≧ Bürger und Amt im Internet
- ≧ Bürgerinformationssysteme
- ≧ Bürgerservice
- ≧ Content Management
- ≧ Dienstleistungen für Bürger
- ≧ Digitale Flurkarte
- ≧ Digitale Signatur
- ≧ Dokumente und Formulare
- ≧ Drahtlose Anbindungen
- ≧ e_procurement
- ≧ Einsparpotenziale
- ≧ Elektronische Ausschreibung
- ≧ Facility-Management
- ≧ Finanzierungsmöglichkeiten
- ≧ Geo-Informationssysteme
- ≧ Geoportale
- ≧ Gewerbeflächenmanagement
- ≧ Hausinterne Prozesse
- ≧ Internet aus der Steckdose
- ≧ Internet/Intranet
- ≧ Kameralistik versus Doppik
- ≧ Katasteramt
- ≧ Kostensenkung
- ≧ Leasing
- ≧ Liegenschaftsamt
- ≧ Netzwerke
- ≧ Portale
- ≧ Risiko-Management
- ≧ Sicherheit
- ≧ Sitzungsdienste
- ≧ Verkehrskontrollen
- ≧ Verteilte Datenhaltung
- ≧ Verwaltung von Vereinen
- ≧ u.v.m.



Auch in diesem Jahr verlieh der Sparkassenverband Bayern den Bayerischen Gründerpreis für beispielhafte und herausragende Leistungen beim Aufbau neuer Unternehmen in den Kategorien „Konzept“ (Existenzgründer), „Aufsteiger“ und „Lebenswerk“. Den bayerischen Regionalausscheid gewann die Firma promeos GmbH aus Erlangen. Sie vermarktet neuartige Heizsysteme und wurde damit Gewinner des Bayerischen Gründerpreises. Sparkassen-Vizepräsident Werner Netzel überreichte das Preisgeld in Höhe von €10.000. Unser Bild zeigt (v.l.n.r.) Laudator Karl Inhofer, Regierungspräsident von Mittelfranken, die Preisträger Dr. Peter Plankensteiner und Dr. Thomas Wagner von der intego AG, den Vorstandsvorsitzenden der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen, Alfred Bomhard, „Konzept“-Preisträger Dr. Jochen Volkert, promeos, sowie den Erlanger Oberbürgermeister Siegfried Balleis.

Stoiber will die Chancen nutzen

Regierungserklärung zur EU-Osterweiterung - Neues Förderprogramm für Ostbayern Daseinsvorsorge muss kommunale Aufgabe bleiben

Die Chancen Bayerns und Deutschlands in der am 1. Mai auf 25 Staaten erweiterten Europäischen Union zu nutzen, neue Märkte zu erschließen und dabei Selbstbestimmung und Subsidiarität für Staat und Kommunen zu wahren, das hat Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber als Aufgabe und Ziel seiner Politik genannt. In einer Regierungserklärung mit Blick auf die Wahl zum Europaparlament am 13. Juni kündigte er im Landtag Maßnahmen an, insbesondere die eigenen Grenzregionen, die nun in der Mitte Europas liegen, wettbewerbsfähig zu machen. Der Bundesregierung warf er vor, die Zeit vor dem 1. Mai nicht in diesem Sinne genutzt zu haben.

Am 25. Mai will das Kabinett in Freyung im niederbayerischen Grenzlandkreis Freyung-Grafenau eine weitere Antwort auf die „großen Herausforderungen“ des Raumes zwischen Passau und Hof geben, wobei insbesondere Ostoberfranken und die nördliche Oberpfalz „bestmöglich“ gestärkt werden sollen.

Den Freistaat europatüchtig machen

Aus dem bereits im Vollzug stehenden 100-Millionen-Erhaltungsinvestitionsprogramm der Staatsregierung sind laut Stoiber bislang mit 52 Millionen Euro Zuschüssen Investitionen von rund 340 Millionen Euro ausgelöst worden. Die weiteren Hilfen werden in Freyung zumindest in großen Zügen festgeschrieben. Die materielle Ausgestaltung im Einzelnen bleibt dem neuen Staatshaushalt 2005/2006 vorbehalten, der im Herbst im Parlament eingebracht wird.

Der Ministerpräsident verwies auf den neuen Wettbewerb mit Ländern wie Tschechien oder Polen, auch Ungarn, die „wesentlich niedrigere Arbeitskosten haben als wir“. Stoiber setzt seine Hoffnung, Bayern europatüchtig zu halten oder zu machen, gleichermaßen auf große Firmen wie BMW, Audi oder Siemens sowie auf „unzählige mittelständische Unternehmen“, die trotz aller Widrigkeiten „erfolgreich auf dem Weltmarkt

die Daseinsvorsorge den Städten und Gemeinden entzogen und auf die EU übertragen wird“. Ihre Organe müssten auf Kernaufgaben konzentriert bleiben. Nur so werde die EU finanzierbar (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister muss wohl sein Urteil über die Frauen in seiner Fraktion überdenken. Aus dem erwarteten Zickenkrieg ist nichts geworden. Wie sagte schon die Schauspielerinnen Trude Hesterberg: „Auch die schwächste Frau ist noch stark genug, um mehrere Männer auf den Arm zu nehmen.“ **Seite 11**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Kleiner Parteitag der CSU	Seite 2
Keine Bagatellsteuern	2
Sofortprogramm wäre beste Wachstumsinitiative	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Kirchen im Dorf lassen und Kultur des Miteinanders pflegen	3
Daseinsvorsorge im Visier	3
Internationaler Museumstag	3
GZ-Fachthemen: Kommunales Verkehrswesen	5/6
Abfall - Recycling	7 - 9
Aus den bayerischen Kommunen	10 - 12

Kleiner Parteitag in Nürnberg:

Kommunen nicht im Stich lassen!

Wahlauftritt „Für ein starkes Bayern in Europa“ verabschiedet

Neben der Rede von Parteichef Edmund Stoiber vor rund 500 Delegierten und Gästen stand die Verabschiedung eines Wahlauftrufes mit dem Titel „Für ein starkes Bayern in Europa“ im Mittelpunkt des Kleinen CSU-Parteitags in Nürnberg. In dem von CSU-Landesgruppenchef Michael Glos vorgestellten Fraktionspapier verlangt die Partei u.a. eine gezielte Unterstützung der bayerischen Grenzregionen aufgrund der Auswirkungen der EU-Osterweiterung.

„Deutschland aus der Schuldenfalle befreien!“ lautet eine der zentralen Forderungen der CSU. Rot-Grün, so heißt es in dem Papier, unterlaufe die im Vermittlungsverfahren 2003 von CSU und CDU durchgesetzten Reformansätze: So halte die Bundesregierung im Vermittlungsausschuss bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gegen die Verabredung an der Fixierung auf die bundesweite Zuständigkeit der BA-Arbeit fest. Das Recht der Kommunen, sich anstatt der Bundesagentur für Arbeit für die Empfänger von „Arbeitslosengeld II“ für zuständig zu erklären, habe Rot-Grün mit seinem Gesetzentwurf zu den Durchführungsbestimmungen zunichte gemacht.

Die Situation der Kommunen

Arbeitszeitverlängerung:

Bezirke ohne Meinung

„Weitere Verhandlungen abwarten“ möchte der Verband der bayerischen Bezirke in Fragen der Arbeitszeitverlängerung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Aus den offiziellen Verlautbarungen des Pressesprechers nach der jüngsten Hauptausschusssitzung in Waldsassen wird eine eigene Position des Verbandes nicht sichtbar.

Wenn man den Pressemitteilungen Glauben schenken kann, scheinen sich die Vertreter der Bezirke lediglich mit dieser (ungelösten) Frage, sowie der Tatsache beschäftigt zu haben, dass der Publizistik-Preis zu Gunsten der Produktion gekaufter eigener Zeitungsseiten nicht mehr vergeben wird.

haben sich in der rot-grünen Regierungszeit erheblich verschlechtert, betonte Glos. Sinkende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben setzten die Haushalte unter Druck. Der abnehmende Spielraum für Investitionen schwäche die Betriebe vor Ort - eine Spirale abwärts sei entstanden. 1998 verbot die Bundesregierung die Betriebe vor Ort - eine Spirale abwärts sei entstanden. 1998 verbot die Bundesregierung die Betriebe vor Ort - eine Spirale abwärts sei entstanden. 1998 verbot die Bundesregierung die Betriebe vor Ort - eine Spirale abwärts sei entstanden.

Erfolge in Vermittlungsverfahren

In den Vermittlungsverfahren Ende 2003 hätten CSU und CDU Erfolge für die Kommunen erzielt, so Glos. Subventionsabbau und Korrekturen der Körperschaftsbesteuerung stabilisierten die Gewerbesteuer. Die 2000 erfolgte Erhöhung der Gewerbesteuerumlage sei korrigiert - für die Kommunen bedeute das Mehreinnahmen von 2,5 Mrd. Euro. Die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer von 2,2 auf 3 Prozent sei allerdings nicht durchsetzbar gewesen.

Zehn Milliarden Defizit

Städtetag und Landkreistag rechnen Glos zufolge für 2004 mit einem Defizit aller Kommunen von rund 10 Mrd. Euro. Den Gewerbesteuer-Mehreinnahmen stünden neue Lasten gegenüber: Die Steigerungsdynamik bei den Ausgaben für soziale Leistungen sei ungebrochen. Das teilweise Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform koste die Kommunen knapp 1 Mrd. Euro. Die Krise der Kommunalfinanzen spiegle die Talfahrt der Wirtschaft wieder. Nur mehr Wachstum sorgte für stabile Steuereinnahmen. Eine Reform der Kommunalfinanzen müsse die

Wachstumskräfte stärken und dürfe sie nicht - wie die von Rot-Grün vorgeschlagene Gewerbesteuer-Reform - behindern.

Entlastung zwingend

Die Kommunen müssten entlastet werden. Die von den Jugendämtern zu finanzierenden Therapien seien auf schwere Belastungen zu konzentrieren; zudem sei eine angemessene Kostenbeteiligung durchzusetzen. Die Eingliederungshilfen für Behinderte gehörten in ein eigenes Leistungsrecht des Bundes. Der Durchgriff des Bundes auf die Kommunen bei der Grundsicherung für Menschen über 65 Jahre und dauerhaft Erwerbsunfähige sei ein Fehler gewesen, der korrigiert werden müsse. Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe dürfe nicht zu Lasten der Kommunen und auf dem Rücken der 3 Mio. betroffenen Menschen vollzogen werden.

Auch müsse darauf hingewirkt werden, die Benachteiligung der ländlichen Räume zu stoppen, erklärte Michael Glos. Bayerns Gesicht werde von lebenswerten Landschaften und dem lebendigen kulturellen Erbe zähl-

loser kleinerer und größerer Ortschaften geprägt. Die gewachsene Vielfalt der ländlichen Räume zu erhalten, sei Rot-Grün kein Anliegen - im Gegenteil: Die Ökosteuern, die vernachlässigten Verkehrsinfrastrukturen und die massive Mehrbelastung der Landwirtschaft mit Abgaben und bürokratischen Auflagen machten den Irrweg einer Politik deutlich, die konsequent die Menschen benachteilige, die nicht in den Metropolen leben.

Bessere Chancen für Familien und Kinder

Damit Bayern in Europa stark bleibt, müssen laut CSU Familien und Kinder bessere Chancen erhalten, die Zuwanderung begrenzt und die Integration eingefordert werden. Zudem gelte es, das Sicherheitsbedürfnis der Bürger ernst zu nehmen. Die offenkundigen Sicherheitslücken müssten endlich geschlossen werden. Deutschlands Grenzen müssten für Anhänger extremistischer Ideen undurchlässiger werden. Die Rechtsordnung habe auf die neuen Sicherheitsanforderungen angemessen zu reagieren. **DK**

Deimer zu den Kommunalfinanzen:

Sofortprogramm wäre beste Wachstumsinitiative

Mit der Forderung, endlich die Finanzkraft der Kommunen zu stärken, hat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, bei der oberbayerischen Bezirksversammlung in Bad Aibling die aktuelle Debatte um Konjunkturprogramme des Bundes aufgegriffen.

Nur leistungsfähige Städte können wachstumsfördernde Bauinvestitionen tätigen. Bundesprogramme, mit denen Investitionen gefördert werden sollen, greifen zu kurz. Die Kommunen können

diese Programme gar nicht in Anspruch nehmen, weil sie ihren Eigenanteil angesichts der desolaten Finanzlage nicht aufbringen können. Deimer: „Wenn der Bund mehr für Wachstum und zukunftsträchtige Investitionen tun will, muss er die Kommunalfinanzen mit einem Sofortprogramm stützen. Der seit Jahren anhaltende dramatische Verfall der kommunalen Investitionen müsse umgekehrt werden. 2003 lagen die kommunalen Bauinvestitionen bundesweit um 10 Milliarden Euro unter denen des Jahres 1992, das ist ein Rückgang um 37 Prozent. Deimer wies darauf hin, dass die Bedeutung der kommunalen Investitionen für Aufschwung und Arbeitsplätze viel zu oft unterschätzt wird: „Zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen gehen von den Kommunen aus.“

Städtetagsvorsitzender Deimer erinnerte daran, dass den Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern immer wieder eine Gemeindefinanzreform versprochen worden sei, die bisher nicht

FDP will Bezirksregierungen abschaffen

Die bayerische FDP will die Bezirkstage auflösen und die Bezirksregierungen abschaffen. Dies wurde auf dem Landesparteitag in Bad Füssing beschlossen. Mit dem Beschluss forderte die Partei die Staatsregierung auf, die regionalen und staatlichen Aufgaben auf die Bezirkstage zu verlagern, so dass diese künftig unter regionaler parlamentarischer Kontrolle wahrgenommen werden. Die Bezirke sollen demnach wie Landkreise organisiert sein. Die FDP erhofft sich Einsparungen durch Bürokratieabbau. **DK**

Der Freistaat baut mit

Niedrigere Förderschwelle für Gebäudesanierungen

Den Kommunen winkt ein kleine finanzielle Erleichterung: Die Staatszuschüsse für die Generalsanierung von Gebäuden sollen nicht mehr davon abhängen, dass die Erneuerung mindestens 50% der ursprünglichen Baukosten ausmacht. Der Staat springt schon ab 25% ein.

Den Antrag vom Juli 2003 mit einer entsprechenden Empfehlung an die Staatsregierung hatte der damalige CSU-Abgeordnete Franz Meyer federführend im Haushaltsausschuss vertreten. Jetzt hat er als Staatssekretär im Finanzministerium das Heft in der Hand, wie er der GZ mitteilt: „Der Antrag hat mich eingeholt“. Er hat von seinem Chef, Finanzminister Prof. Kurt Falthäuser, den Auftrag bekommen, im Sinne der genannten Absenkung der Förderschwelle

mit den kommunalen Spitzenverbänden zu verhandeln. Meyer hofft, bis Juni dem Haushaltsausschuss über die Änderung im Sinne des seinerzeitigen Antrags berichten zu können. Eventuell wird es für die Neuregelung eine Versuchsphase bis etwa 2008 geben. Die 50%-Grenze hat, wie Meyer sagte, manchmal dazu geführt, dass Kommunen ihre Sanierungsprojekte entsprechend verteuerten, um die Hilfe des Staats zu bekommen. **rm**

Keine Bagatelsteuern

CSU-Fraktion korrigiert Vorstandsvotum
Nur die Zweitwohnungssteuer kommt wieder

Das Tauziehen um die Wiedermalsteuer kommunaler Bagatelsteuern in der CSU ist praktisch beendet: Das Kommunalabgabengesetz wird nicht in diesem Sinne allgemein wieder geöffnet. Nur die Zweitwohnungssteuer wird es geben, wie schon im Kabinett beschlossen.

In diesem Sinn hat sich die CSU-Landtagsfraktion einstimmig entschieden. Es wurde beschlossen, das Thema nicht weiter zu verfolgen. Im Fraktionsvorstand hatte es, wie berichtet (GZ 9/6.5.04), eine knappe Mehrheit von 10 : 9 Stimmern für die von vielen Kommunen erhoffte Öffnung des Gesetzes gegeben. Letzten Endes haben sich die Abgeordneten durchgesetzt, die sich mit den Wirtschaftsverbänden und dem Bund der Steuerzahler gegen jede zusätzliche Steuer ausgesprochen haben. Sie konnten und können sich auf die Grundtendenz der Regierung Stoiber stützen, wie sie auch in Parteitags- und Fraktionsbeschlüssen zum Ausdruck kommt, dass derzeit Steuererhöhungen, wie und wo auch immer, Gift für die Konjunktur und das Verhalten der Verbraucher wären.

CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann nannte gegenüber der GZ den ablehnenden Fraktionsbeschluss „eine kluge Entscheidung“. Für die Menschen seien nicht nur höhere Bundes- sondern auch Bagatelsteuern derzeit unzumutbar. Es wird demnach im Landtag nur zur Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes im Sinne der Zweitwohnungssteuer in Fremdenverkehrsgebieten kommen. Dies war und ist auch der Tenor in den Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden. **rm**

CSU-Generalsekretär Söder:

Verfassungsklage gegen Haushaltspolitik

CDU und CSU prüfen nach den Worten von CSU-Generalsekretär Markus Söder wegen des Lochs im Bundeshaushalt den Gang vor das Bundesverfassungsgericht. Überlegt werde eine Klage gegen die Verfassungswidrigkeit des Haushalts. Söder bezeichnete die Steuerschätzung als katastrophal für Deutschland: „Das geht in die Geschichte ein als Schultendtag.“ Der Skandal der Schuldenmacherei setze sich fort. Das sei das Ende der Glaubwürdigkeit von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD). Die Planungen der Bundesregierung hätten sich erneut als Luftbuchungen entpuppt. Überall in Europa gebe es Wachstum. „Nur in Deutschland regiert die Pleite.“

CDU und CSU prüfen nach den Worten von CSU-Generalsekretär Markus Söder wegen des Lochs im Bundeshaushalt den Gang vor das Bundesverfassungsgericht. Überlegt werde eine Klage gegen die Verfassungswidrigkeit des Haushalts. Söder bezeichnete die Steuerschätzung als katastrophal für Deutschland: „Das geht in die Geschichte ein als Schultendtag.“ Der Skandal der Schuldenmacherei setze sich fort. Das sei das Ende der Glaubwürdigkeit von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD). Die Planungen der Bundesregierung hätten sich erneut als Luftbuchungen entpuppt. Überall in Europa gebe es Wachstum. „Nur in Deutschland regiert die Pleite.“

Leserbrief an die GZ

Abschreibungen in der Kameralistik Vorschrift

Das Argument, dass in der Kameralistik kein Werteverzehr darstellbar ist, ist so alt, wie die Diskussion Kameralistik oder Doppik selbst. Und trotz laufender Wiederholungen wird es nicht überzeugender. Die Darstellung des Werteverzehrs über Abschreibungen ist in der Kameralistik seit vielen Jahren nicht nur möglich, sondern bei den kostenrechnenden Einrichtungen sogar vorgeschrieben. Bei der jeweiligen Einrichtung werden die Abschreibungen in der Gruppierung 68 erfasst. Das ist für die gesamte Gemeinde möglich, womit auch Straßen und Rathäuser abgeschrieben werden können, wenn man möchte.

Der einzige Unterschied ist, dass - weil kein Geldfluss damit verbunden ist - diese im Finanzbereich als fiktive Einnahme gegengebucht werden. Dadurch sind sie für die Gemeinde kostenneutral. Wenn man möchte, könnte man das jedoch ganz leicht ändern, indem man die Gegenbuchung nicht innerhalb des Haushaltes zulässt, sondern als zwangsweise Zuführung in eine Sonderrücklage vorschreibt. Und schon bekommt man das selbe Ergebnis bei der Kameralistik wie Sie als Beispiel für die Doppik aufgezeigt haben. Und man hat den positiven Nebeneffekt, dass für eine spätere Erneuerung bereits das tatsächliche Geld in der Sonderrücklage vorhanden ist, was bei Unternehmen, die nur die Kosten, nicht jedoch das tatsächliche Geld buchen, nicht der Fall ist.

Für diese kleine Änderung braucht eine Gemeinde kein neues Buchhaltungssystem, keine neue Software, nicht einmal eine extra Schulung. Die mit einer Buchhaltungsänderung verbundenen notwendigen immensen Ausgaben können den bereits finanziell am Hungertuch nagenenden Gemeinden nicht noch aufgezungen werden, wenn das gewünschte Ergebnis auch kostenlos mit der vorhandenen Ausstattung zu erreichen ist.

Und das Argument, um „rechtzeitig informiert zu sein“ ein neues Rechnungswesen einzurichten ist in der Form absurd, da die Zeit nichts mit dem System zu tun hat, vielmehr mit dem Abruf der vorhandenen Daten. Auch bei der Kameralistik ist es möglich während des Jahres ein Zwischenergebnis abzurufen, wie bei der Doppik auch. Hier kommt es auf den Willen des Benutzers an, nicht auf das Buchhaltungssystem, denn die Zahlen sind ja bereits vorhanden.

Ich habe den Verdacht, dass die Befürworter der Doppik die Kameralistik und deren Möglichkeiten nicht genug kennen. Also sollten sie sich erst einmal darüber informieren bevor komplett neue teure Lösungen als Allheilmittel vermarktet werden.

Mit besten Grüßen
Wolfgang Eberle Diplom-Verwaltungswirt (FH) + Verwaltungsbetriebswirt (BVS)
83109 Großkarolinenfeld
www.wolfgang-eberle.de
we@wolfgang-eberle.de

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Adolf Schachtner
84552 Geratskirchen
am 26.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Fritz Nustede
85757 Karlsfeld
am 1.6.
Landrat Manfred Nagler
83646 Bad Tölz
am 2.6.

Bürgermeister
Wolfgang Dultz
96482 Ahorn
am 5.6.

Bürgermeister
Friedrich Hüchel
91091 Großenesebach
am 24.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Barbara Reithmeier
83561 Ramerberg
am 25.5.
Bürgermeister Franz Märkl
84539 Zangberg
am 5.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Schäfer
86507 Kleinaitingen
am 2.6.
Bürgermeister Georg Klaußner
86836 Untermeitingen
am 2.6.

Oberbürgermeister
Wolfgang Dandorfer
92224 Amberg
am 5.6.

Bürgermeister Alfred Schraml
94158 Philippsreut
am 28.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Karl Janson
89269 Vöhringen
am 1.6.

Bürgermeister Manfred Ecker
94354 Haselbach
am 2.6.

Bürgermeister
Herbert Steinmetz
92262 Birgland
am 6.6.

Bürgermeister
Wunibald Koppenhofer
85116 Egweil
am 25.5.

Bürgermeister
Martin Schuster
91744 Weiltingen
26.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Robert Melber
97239 Aub
am 4.6.

Bürgermeister
Bernhard Kamhuber
82386 Huglfing
am 4.6.

Bayerischer Gemeindetag:

Daseinsvorsorge im Visier

34. Seminar für Führungskräfte der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Beim 34. Seminar des Bayerischen Gemeindetags für Führungskräfte der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Bad Wiessee bezog am 5. Mai, dem „Europatag“, Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl im Beisein von Europaminister Eberhard Sinner dezidiert Stellung zum Thema Daseinsvorsorge. Wie jedes Jahr lag die Organisation und Durchführung dieser renommierten Veranstaltung in den bewährten Händen von Verbandsdirektor Dr. Heinrich Wiethe-Körprich.

„Was uns früher fern und wenig bedeutungsvoll vorkam, berührt uns heute hautnah“, betonte Brandl. Etwa drei Viertel aller Entscheidungen, die die öffentlichen Verwaltungen im Bund, in den Ländern und in den Kommunen zu treffen haben, würden von Vorgaben des EU-Rechts bestimmt oder zumindest beeinflusst. Deshalb wolle der Bayerische Gemeindetag am Europatag bewusst ein Zeichen setzen.

Berlin schweigt

Minister Sinner habe sich in der Vergangenheit bereits mehrfach für die gemeindlich verantwortete Daseinsvorsorge stark gemacht, erklärte der Gemeindetagspräsident. Um so erfreulicher wäre es, „solche Worte auch einmal aus Berlin und von anderen Unionspolitikern zu hören“. Aber im Gegenteil: In einer Nacht- und Nebelaktion wurde laut Brandl ohne Konsultation der Mitgliedsstaaten in den Daseinsvorsorgeartikel des Entwurfs zum Europäischen Verfassungsvertrag ein Satz eingefügt, wonach die Grundsätze und Bedingungen für das Funktionieren

nerhalb der EU in einer absoluten Minderheitsposition. Schon deshalb müsse dieser Sektor in der ausschließlichen Gesetzge-



Dr. Uwe Brandl.

bungszuständigkeit der Mitgliedstaaten bleiben, folgte der Präsident.

Hilfe aus Österreich

Trotz des Drängens der kommunalen Spitzenverbände Deutschlands sei Berlin nicht bereit, auf eine Änderung des Verfassungsvertragsentwurfs zu drängen. Es sei geradezu grotesk, „dass Bayern - das ja selbst nicht Mitglied-

sorge) definieren.“ Zusätzlich sollten die Gemeinwohlverpflichtungen beschrieben werden, die mit der Erfüllung der jeweiligen Aufgabe durch die Gemeinden verbunden sind. Würde dies geschehen, sei diese Aufgabenerfüllung, soweit sie durch die Gemeinden in eigenen Unternehmen wahrgenommen wird, dem EU-Wettbewerbsrecht entzogen. Die Kommission müsste sich dann auf eine bloße Missbrauchskontrolle beschränken.

Möglichst viele bayerische Abgeordnete

Nach den Erfahrungen, die der Bayerische Gemeindetag macht, sei es einfacher, „über die von Bayern entsandten EU-Abgeordneten die Brüsseler Dinge in unserem Sinn zu beeinflussen als dies über die EU-Kommission möglich wäre“, fuhr Brandl fort. Sie hätten als vom Volk gewählte bayerische Bürger im Regelfall das nötige Vorverständnis für die Wichtigkeit der Erhaltung einer kommunal verantworteten Daseinsvorsorge. Deshalb sei es von großer Bedeutung, möglichst viele bayerische Abgeordnete - egal welcher politischen Couleur - in das Europäische Parlament zu entsenden.

Aufruf zur Europawahl

Erst im Januar dieses Jahres hätten die bayerischen Abgeordneten im Plenum des EU-Parlaments einheitlich gegen eine Liberalisierung des Wassermarkts votiert und damit zu einem knappen, aber erfolgreichen Abstimmungsergebnis für die gemeindliche Wasserversorgung ent-

scheidend beigetragen. Brandl: „Unsere Abgeordneten leisten in Straßburg und in Brüssel wertvolle Arbeit. Das muss durch eine entsprechend hohe Wahlbeteiligung am 13. Juni bestätigt und anerkannt werden.“ DK

Internationaler Museumstag:

„Kulturelle Tradition als lebendiges Erbe“

Fast 300 Museen in Bayern mit Aktionen präsent

Am 16. Mai wurde weltweit zum 26. Mal der Internationale Museumstag, diesmal unter dem Motto „Kulturelle Tradition als lebendiges Erbe“ („Museums and Intangible Heritage“) begangen. Der Internationale Museumsrat (International Council of Museums, ICOM) hatte den Tag 1977 erstmals ausgerufen und seither jedes Jahr mit einem besonderen Schwerpunktthema versehen.

Die Welt des Museums dreht sich in erster Linie um Objekte, Dinge, die in Sammlungen zusammengefasst sind, an denen geforscht wird, die ausgestellt, ausgeleihen und in Katalogen abgebildet werden. Die Aura des Originals hat die Menschen sehr früh erfasst, ließ sie zu Künstlern und Sammlern werden und sogar Raubzüge durchführen. Sie gab den Impuls für die Gründung fürstlicher Wunderkammern, die den Ruhm eines Herrscherhauses stärken konnten und aus denen sich die Sammlungen vieler Museen speisen.

Blick für's Wesentliche

Auch in Zeiten der fast beliebigen Verfügbarkeit von Dingen durch Reproduktion in verschiedenen Medien ist noch immer das real vorhandene Objekt wichtig zum Verständnis. Weit weniger im Blick sind die „nicht greifbaren“ kulturellen Traditionen - oft im Umfeld des Objekts und mit direkten Bezügen -, die sich in Mundarten, Sprichwörtern, Liedern und Gedichten, in regionalem Handwerk, in Spielen, Musik und Tänzen oder in Sitten und Gebräuchen, in Festen oder auch kulinarischen Besonderheiten niederschlagen. Diesem überlieferten Wissen, das eine bestimmte Gruppe prägt und ihr einen Zusammenhalt gibt,

Liebe Leser

Wer denkt schon angesichts der blühenden Natur und des Frühlings an den Tod und das Sterben? Wenn man dann plötzlich selbst betroffen ist, vom Tod eines nahen Angehörigen, dann wird man nachdenklich, wie kommerzialisiert und wie geschäftsmäßig es dort abläuft, wo nicht mehr die Kirchen selbst als Partner der Kommunen für Trauerfeier und die letzte Ruhestätte mit sorgen, sondern ein kommunales Amt.

Ob da der zuständige Ortspfarrer Zeit hat, Schule halten müsste, oder an dem besagten und vom Bestattungsamt festgelegten Beerdigungstermin da sein kann, das interessiert kaum und Änderungen „machen Arbeit“. Der

Kirchen im Dorf lassen und Kultur des Miteinanders pflegen

Pfarrer erzählte mir, dass er manchmal an drei Friedhöfen gleichzeitig sein soll. Entscheidend ist die Arbeitszeit des Friedhofpersonals. Es muss eben alles in einen Zeitplan passen, auch das Sterben und der Tod. Und dass die Trauerfeier auch nicht zu lange dauert, denn die nächsten warten ja schon und man muss dafür Sorge tragen, dass alles seinen Gang geht.

Obwohl man selbst ja hinter die Kulissen sehen kann und weiß, wie schwierig die Kassenlage ist, wie gebunden wir sind in unseren Regelungen bei unserem Personal im Hinblick auf die Tarifwerke, die fast keiner mehr durchblickt, hat man in Zeiten eigener Trauer trotzdem Mühe, Verständnis aufzubringen für einen Ge-



GZ Kolumne
Maximilian Gaul

schäftsbetrieb, der auch solch wichtige Rituale der Trauerarbeit in einen festen Zeitplan zwingt.

Unsere Kommunen bleiben nur Heimat, Stätte von Wärme und Menschlichkeit, wenn wir darauf achten, dass Leben und Tod, die ganze Breite der Lebensäußerungen in ihnen Platz haben und ausreichend Würdigung finden. Wenn wir finanziell nur noch mit dem Rücken zur Wand stehen und alles nur noch unter Kosten-Nutzen Gesichtspunkten betrachten müssen, dann verarmen wir auch seelisch.

Es bleibt daher wichtig, dass wir in unseren Kommunen Sorge tragen für eine gute Kultur des Miteinanders. Wir brauchen dazu unbedingt, wo immer sie sich anbieten, unsere Partner in den Kirchen, Organisationen und Vereinen. Mit ihnen müssen wir auch in Zeiten finanzieller Not sorgsam umgehen. Wenn Kommune und Staat alles selber leisten müssen, dann kostet es nicht nur mehr, wir verlieren vor allem immer mehr gute alte Werte, ein Stück unserer Kultur und unseres Brauchtums. Ich bin dankbar, einer Kommune vorzustehen, in der die Kirche noch im Dorf ist und will damit sagen, dass dort mit viel Feingefühl und freiwilligem Engagement Menschen in Freud und Leid Unterstützung und Hilfe erfahren, ohne dass immer jemand gleich auf die Uhr schaut und seinen Geldbeutel weit aufhält.

Max. Gaul

Anzeigen in der GZ
Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele
Telefon: 08171/9307-11
Fax: 08171/80514
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
eMail: info@gemeindezeitung.de

der gemeindlichen Daseinsvorsorge „durch europäische Gesetz festgelegt“ werden sollen. Resultat: „Berlin schweigt.“

„Wenn die Europäische Kommission in diesem Bereich die Rahmengesetzgebung in die Hand bekommt, dann gnade uns Gott!“ so Brandl. Er äußerte die Befürchtung, dass sich die Bedingungen für eine eigenständige, dezentrale, demokratisch verantwortete und sozialverträglich gestaltete Daseinsvorsorge grundlegend zu Ungunsten der bayerischen Gemeinden, Märkte und Städte verändern werden. Da die gemeindliche Selbstverwaltung mit eigener Finanzausstattung und eigenen Kompetenzen außerhalb Deutschlands und Österreichs weitgehend unbekannt sei, befände man sich in-

staat der EU ist - in diesem für das bayerische und deutsche Staats- und Gesellschaftsbewusstsein zentralen Punkt auf die Hilfe des benachbarten EU-Mitgliedstaats Österreich angewiesen ist. In diesem Zusammenhang bat Brandl Europaminister Sinner, „alles in seiner Macht Stehende zu tun, um das Blatt zu wenden“. Sein Appell: „Setzen Sie sich in enger Abstimmung mit dem österreichischen Nachbar für unser elementares Selbstverwaltungsrecht ein!“

Die Forderung des Bayerischen Gemeindetags lautet: „Bayern muss in seiner Gemeindeordnung bzw. in den Fachgesetzen die grundlegenden Bereiche der „Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ (EU-Umschreibung für Daseins-

vorgeführt. In Wilhelmsdorf und Emskirchen in Mittelfranken konnte man im Rahmen einer geführten Wanderung auf dem neuen Museumsrundweg gleich drei Museen - Zirkelmuseum, Rundfunkmuseum und Heimatmuseum - besuchen. Nach der vorangegangenen „Blauen Nacht“ boten die Museen Nürnbergs ihrerseits eine Fülle von Führungen an, vor allem zu aktuellen Sonderausstellungen.

Junge Besucher

Die jungen Besucher standen im Freilichtmuseum Finsterau (Niederbayern) im Mittelpunkt des Internationalen Museumstags. Spiele, Tiere, Reiten, Kutschfahrten und Kasperltheater ließen keinerlei Langeweile aufkommen.

In München ließen vor allem experimentelle Familien- und Erwachsenenführungen unter dem Motto „Museumsbesuche anders“ im Museum Villa Stuck und ein hochkarätig besetzter

Flamenco-Abend im Museum für Abgüsse Klassischer Bildwerke aufhorchen. Abenteuergeschichten lockten Kinder ins Bayerische Nationalmuseum, während es die Erwachsenen eher ins Umland zum Jazz-Frühshoppen ins Bauernhofmuseum des Landkreises Fürstentum Jochhof zog.

Musikantentag

Musikantentag war im Rieser Bauernmuseum im schwäbischen Mählingen angesagt. Dort sangen und spielten Gruppen aus dem Ries und aus Nordschwaben, während Heimatmuseum und Südseesammlung in Obergünzburg mit afrikanischen Trommlern und völkerkundlichen Filmvorführungen den Blick auf ferne Länder richteten. In ganz Bayern war somit für nahezu jeden Geschmack und jedes Interesse etwas geboten. Unterstützt wurden die Aktionen wiederum von der Bayerischen Sparkassenstiftung. DK

Post verpflichtet sich zu Mindeststandards

Zusammenarbeit mit Kommunen verbessern

Berlin. Eine Selbstverpflichtung hat die Deutsche Post für ihre Dienstleistungen abgegeben. In der Zusicherung verspricht das Unternehmen unter anderem, bundesweit in mindestens 12.000 Filialen alle Brief- und Paketbeförderungsleistungen anzubieten.

Die Öffnungszeiten der Geschäftsstellen werden sich zwar an der Nachfrage orientieren, jedoch sollen auch Kleinstfilialen an sechs Wochentagen geöffnet sein. In zusammenhängenden Wohngebieten mit mindestens 2.000 Einwohnern wird eine Postannahmestelle garantiert. Darüber hinaus sollen die derzeit bundesweit 108.000 Briefkästen erhalten bleiben.

Die Selbstverpflichtung bedeutet jedoch nicht das Ende von Standortschließungen im Filialnetz der Post. Derzeit verfügt das Unternehmen nach Angaben der RegTP über 13.888 Filialen, darunter 6.707 eigene. Damit hat das Unternehmen deutlich mehr Standorte als zugesichert. Allerdings ergeben sich aus der

Selbstverpflichtung rund 1.500 neue Pflichtstandorte. Bisher war die politische Organisation und nicht die Einwohnerzahl einer Gemeinde entscheidend für den Aufbau einer Poststelle, was zur Folge hatte, dass auch größere Gemeinden im ländlichen Raum mit nur einer Poststelle auskommen mussten.

In der Vergangenheit hat es nach Darstellung von RegTP-Beiratsmitglied Klaus Barthel in kleineren Ortschaften oft Streit über Filialschließungen und Änderungen im Briefkasten-Netz gegeben. Diese Auseinandersetzungen will die Post in Zukunft durch eine intensivere Zusammenarbeit mit den jeweiligen Entscheidungsträgern in den Kommunen verhindern. KK/ddp

Mehr Demokratie e.V./Landesverband Bayern:

Informationen zu Volks- und Bürgerbegehren online

„Mehr Demokratie in Bayern“ ist ab sofort mit einem neuen Internetauftritt im Netz. Unter www.mehr-demokratie.de/bayern können sich Bürgerinitiativen und Interessierte über alle wichtigen Themen rund um die direkte Demokratie informieren. Auf der Seite finden sich Tipps zur Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Bayern und Informationen zu Volksbegehren im Freistaat. Vor allem zum Thema Bürgerbegehren bietet die Seite eine Fülle von Informationen. Wer ein Bürgerbegehren durchführen will, erfährt hier, wie es geht. Außerdem finden sich alle Bürgerentscheidungs-Jahresberichte seit 1995 sowie herausragende Themenbeispiele von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden aus den letzten Jahren. Des Weiteren erfahren Interessierte, welche Hürden bei der Durchführung von Volksbegehren genommen werden müssen und welche Volksentscheide es bereits gab. Mehr Informationen unter www.mehr-demokratie.de/bayern.

Bayerische Landesbank:

Für die Zukunft gewappnet

Betriebsergebnis deutlich gesteigert
Ausbau der Marktpositionierung mit den Kommunen

München. Die Bayerische Landesbank (BayernLB), die zweitgrößte deutsche Landesbank, hat im vergangenen Jahr ihr Betriebsergebnis deutlich gesteigert. Es lag mit 547 Millionen Euro durch Einsparungen und eine gesunkene Risikovorsorge wesentlich über dem Vorjahreswert von 203 Millionen Euro. „Dieses Ergebnis zeigt“, so der Vorstandsvorsitzende Wemer Schmidt bei der Jahresbilanzpressekonferenz, „dass die Umsetzung der strategischen Neuausrichtung der BayernLB, mit tiefgreifenden Einzelmaßnahmen im Transformationsprozess, erste Früchte trägt. Nun gilt der Stabilisierung der Erlöse unser besonderes Augenmerk“.

Im Jahr 2003 konnte laut Schmidt die Netto-Risikovorsorge im Vergleich zum Vorjahr deutlich auf 953 Millionen Euro verringert werden. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Neuausrichtung der BayernLB führten zu einem planmäßigen Abbau des Geschäftsvolumens um 28,4 Milliarden auf 331,5 Milliarden Euro.

Rückläufige Erlösbringer

Die Kernkapitalquote wurde auf 7,8 Prozent gesteigert. Die klassischen Erlösbringer Zins-

und Provisionsüberschuss gingen um 2,4 Prozent respektive 11,5 Prozent auf 2,17 Milliarden Euro und 343 Millionen Euro zurück. Die Konzernbilanzsumme mit 313,4 Milliarden Euro war maßgeblich von der BayernLB geprägt.

Kostenziele

Zur Erreichung der Kostenziele und zur Anpassung der Geschäftstätigkeit der Bank im In- und Ausland wurde bereits 2003 ein Personalabbau eingeleitet. Bislang wurden die Hälfte der

geplanten rund 1000 Arbeitsplätze gestrichen.

Personalabbau

Die noch ausstehenden restlichen Stellen sollen nicht, wie ursprünglich vorgesehen, bis Ende dieses Jahres wegfallen. Der Personalabbau konzentriert sich dabei auf die Kernbank.

Rahmenvertrag

Die BayernLB wird, so Schmidt, ihre Marktposition als Bank auch mit den Kommunen im engen Verbund mit den bayerischen Sparkassen gezielt ausbauen. Zu diesem Zweck wurde im vergangenen Dezember ein Rahmenvertrag über die künftige Zusammenarbeit abgeschlossen. Bisher haben 60 von 82 bayerischen Sparkassen die notwendigen Einzelverträge unterzeichnet.

Darlehensprogramme

Auch 2003 wurden aus dem Anteil des Freistaates Bayern am Gewinn der BayernLB verbilligte Darlehensprogramme aufgelegt. Die zinsgünstigen Darlehen wurden für kommunale Wasser/Abwassermaßnahmen und den Erwerb von Bestandswohnungen genutzt. Der Marktanteil an Kommunalkrediten der BayernLB und der Sparkassen betrug im Jahr 2002 49,11 Prozent.

Guter Start

Die BayernLB-Gruppe ist, wie Vorstandsvorsitzender Schmidt abschließend erklärte, gut in das Jahr 2004 gestartet. In der Konzernrechnung des ersten Quartals konnte das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung im periodenechten Vergleich gegenüber demselben Vorjahreszeitraum um 7,9 Prozent auf 367 Millionen Euro gesteigert werden. Im Einzelnen sanken der Personalaufwand um 6,9 Prozent auf 161 Millionen Euro und der Sachaufwand um 19,6 Prozent auf 135 Millionen Euro. Schmidt kündigte eine weitere Steigerung des operativen Ergebnisses an sowie die Rückführung der Risikovorsorge. Ein Vorsorgenniveau von 400 bis 600 Millionen Euro würde ausreichen, um die Eigenkapitalrendite von zuletzt 4,9 Prozent auf ein zweistelliges Niveau zu heben.

E. Scholl

Mittelstands-Union:

Verfassungsbeschwerde gegen Ausbildungsabgabegesetz

„Die Regierungskoalition hat mit der Verabschiedung des Ausbildungsabgabegesetzes einen willkürlichen Verstoß bei der Ausbildungsabgabe nach dem verfassungsgemäßen Gleichheitsprinzip (Art. 3 GG) vorgenommen. Mit § 10 wurde eine willkürliche Befreiung von der Abgabepflicht bei verschiedenen Betriebsbranchen vorgesehen, um für den SPD-Vorsitzenden Franz Münterfering in der Regierungskoalition eine Mehrheit zu sichern“, erklärte der Vorsitzende der Mittelstands-Union, München, Stadtrat Thomas Schmatz.

So sollen Arbeitgeber von der Abgabepflicht befreit werden, die Leistungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) anbieten. Darüber hinaus sollen Arbeitgeber eine Befreiung erfahren, die in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eingeschränkt seien und eine unzumutbare Härte mit den zu leistenden Abgabebeträgen erleiden würden. Auch die Personal-Service-Agenturen (PSA) seien gegenüber im Wettbewerb stehenden mittelständischen Betrieben befreit. „Damit entstehen Wettbewerbsverzerrungen. Die Abgabenhöhe wird für die abgabepflichtigen Betriebe erhöht, weil sich der Betriebsquotient pro sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten errechnet“, so der CSU-Mittelstandspolitikler. Die Abgabe werde demnach auf über 500 Euro pro sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ansteigen.

Willkürliche Stellschrauben

„Die Stellschrauben des Gesetzentwurfes sind willkürlich gegriffen. Das gilt sowohl für die geforderte Gesamtausbildungsquote von 7 Prozent als auch das Inkrafttreten des Gesetzes, wenn nicht 15 Prozent mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden als Bewerber vorhanden sind“, bemängelte Thomas Schmatz. Diese Forderungen seien unrealistisch. Die Ausbildungsquoten variieren in Abhängigkeit von Betriebsgröße, Branchenspezifität, Beruf, Region, betrieblicher Organisationsform und Qualifikationsstrukturen. Damit sei die Abgabe nicht vorhersehbar, wettbewerbsverzerrend und verfassungswidrig. Schmatz: „Der Weg nach Karlsruhe ist der einzig gangbare Weg“.

Stoiber will die Chancen ...

(Fortsetzung von Seite 1) und regierbar bleiben. Stoiber setzte sich für eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung in allen Mitgliedsstaaten ein.

„Absurde Vorwürfe“

SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget fand den Vorwurf „absurd“, die EU-Verfassung „würde die kommunale Daseinsvorsorge in Deutschland zerstören“. Gefahr drohe vielmehr „von den Privatisierungs- und Liberalisierungsfanatikern in der EU-Kommission und im Europäischen Parlament“. Gerade dort seien es „ausgerechnet die konservative und die liberale Fraktion, die immer neue Privatisierungsorgane bei bisher öffentlichen Dienstleistungen feiern“. Maget war grundsätzlich auch für eine Volksabstimmung über die Verfassung. Entsprechende Änderung des Grundgesetzes sei jedoch bislang immer an der Union gescheitert. Stoiber entgegnete, er sei nur für diesen Sonderfall bereit, das Grundgesetz zu ändern.

Zu den ostbayerischen Krisenregionen merkte der SPD-Sprecher an, gerade der Ministerpräsident habe sie mit seinem „Geschwafel“ von den Aufsteigerregionen „permanent selbst besoffen geredet“. Die Staatsregierung und nicht die Bundesregie-

rung sei verantwortlich, dass die Regierungsbezirke Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern „denkbar schlecht“ auf die neue Zeit nach der EU-Osterweiterung vorbereitet seien.

Grünen-Sprecher Dr. Martin Runge meinte, anstatt selbst zu handeln, mache die Regierung Stoiber nur Schuldzuweisungen an andere, verbreite Unwahrheiten und erzeuge Verunsicherung der Bevölkerung. Runge griff einen (von der Staatskanzlei demontierten) Zeitungsbericht auf, wonach Stoiber nun „Superminister“ in einer von Angela Merkel geführten Bundesregierung werden wolle. Das sei der Grund, warum der Ministerpräsident „im Moment gar so Holz und Geifer“.

Was die Aktivitäten für das Grenzland betrifft, befand Runge, wenn die Staatsregierung im Rahmen ihrer Offensive Zukunft und ihrer High-Tech-Offensive Milliarden aus der Privatisierung eingesetzt habe, seien das für die Grünen „in großen Teilen Fehlinvestitionen“ und „Verscherbeln von Tafelsilber“. Wie Maget verteidigte auch Runge die Politik der Bundesregierung und insbesondere Außenminister Joschka Fischer, den Stoiber namentlich für die Tatenlosigkeit der Bundesregierung bei den EU-Verfassungsverhandlungen verantwortlich gemacht hatte. **rm**

Beim G8 greift das ...

(Fortsetzung von Seite 1) dafür ausdrücklich meinen herzlichen Dank aussprechen.

GZ: Die Neuerungen bedeuten einen finanziellen Aufwand. Wie werden die Sachaufwandsträger dabei unterstützt?

Hohlmeier: Zusätzliche Kosten können durch eine Ausweitung des Mittagsbetreuungsangebots oder auch bei der Schülerbeförderung entstehen. Es steht außer Frage, dass wir uns für die Kommunen einsetzen.

Genügend Vorlaufzeit

Das achtjährige Gymnasium wird im kommenden Schuljahr mit den Jahrgangsstufen 5 und 6 von unten her aufgebaut. Es bleibt also für die Sachaufwandsträger genügend Vorlaufzeit. Notwendige An- oder Umbauten für die Mittagsbetreuung oder wegen des erhöhten Raumbedarfs können über das „Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) finanziert werden. Dieses Programm wird aus Mitteln des Bundes zur Förderung von Ganztageschulen und Ganztagesangeboten an Schulen zur Verfügung gestellt. Da das achtjährige Gymnasium die Förderkriterien voll erfüllt, trägt 90 % der entstehenden Kosten der Bund. Die verbleibende 10 %-ige Mitfinanzierung der Kommunen erfolgt nach dem Konnexitätsprinzip komplett durch den Freistaat Bayern. Auch die höheren Kosten für die Schülerbeförderung werden vom Freistaat übernommen. Ich denke, damit wird klar, dass wir für die Kommunen da sind und sie bei der Finanzierung des achtjährigen Gymnasiums alles andere als im Regen stehen lassen.

Lösungen vor Ort

GZ: Wie stellen Sie sich die Mittagsverpflegung vor?

Hohlmeier: Es wäre alles andere als sinnvoll, wenn das Kultusministerium bezüglich der Mittagsverpflegung irgendwelche zentralen Vorgaben machen würde. Solche Fragen gehören vor Ort gelöst. Es gibt auch bereits sehr kreative und beeindruckende Beispiele dafür, wie qualitativ hochwertige Mittagsverpflegungsangebote an Schulen organisiert werden können. Die Schülerinnen und Schüler des Gymnasium Oberhaching beispielsweise haben eine eigene

Schülerfirma unter dem Namen „Mathe Macchiato“ gegründet, die für eine gesunde Verpflegung sorgt. Dabei lernen die Schüler ganz nebenbei, selbstständig und erfolgreich zu wirtschaften. Ich habe inzwischen mit vielen Schulleiterinnen und Schulleitern gesprochen. Sie sind derzeit dabei, zusammen mit den Lehrkräften, Eltern und Schülern ganz individuell ihren Bedarf zu analysieren und Ideen für jeweils vor Ort vernünftige und praktikable Lösungen zu entwickeln.

Dabei tun sich neben dem gerade genannten Beispiel einer schüler-eigenen Organisation viele weitere Möglichkeiten auf, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit mit einer nahe gelegenen Kantine oder mit einem Catering-Service. Eines zeichnet sich aber auch schon deutlich ab: Die Einrichtung von Großküchen und riesigen Schülermensen wird keinesfalls nötig sein. Schon bisher haben bei weitem nicht alle Schülerinnen und Schüler Mittagsverpflegungsangebote angenommen.

GZ: Manche Schulen plätzen ja jetzt schon aus den Nähten, wie soll das denn in Zukunft gehen?

Hohlmeier: Manche Sachaufwandsträger haben ihre Schulen in den vergangenen Jahren äußerst stiefmütterlich behandelt. Das Münchner Gisela-Gymnasium beispielsweise muss schon jetzt, wohlgerne am neunjährigen Gymnasium, Schichtbetrieb fahren. Den Freistaat hier in die Verantwortung zu nehmen und hausgemachte Versäumnisse auf das achtjährige Gymnasium abzuschieben, ist nicht seriös. Nichtsdestotrotz: wo durch das neue achtjährige Gymnasium Raumbedarf entsteht, helfen wir selbstverständlich. Mit dem schon erwähnten IZBB-Programm und der Restfinanzierung durch den Freistaat können die entsprechenden Räume geschaffen werden.

GZ: Werden auf die kommunalen Schulen zusätzliche Kosten wegen der Lehrerverzorgung zukommen?

Hohlmeier: Den zusätzlichen Personalaufwand an den kommunalen Schulen, der durch das G8 notwendig wird, finanziert der Freistaat Bayern zu 100 Prozent. Dabei wird erwartet, dass sich die Kommunen beim Umfang der Arbeitszeit an den Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst orientieren.

GZ: Bekommen Sportvereine, Jugendorganisationen etc. Schwierigkeiten durch die Einführung des G8?

Hohlmeier: Die außerschulischen Aktivitäten der Schülerinnen und Schülern werden sicher nicht leiden. Schließlich umfasst der Nachmittagsunterricht bis hinauf zur Oberstufe in der Regel nur ein oder zwei Nachmittage in der Woche. Da bleibt noch eine Menge Zeit für den Sportverein, den Musikverein oder für ein Ehrenamt - vor allem wenn man sich gerne engagiert.

Keine Überförderung

GZ: Ein Jahr weniger - heißt das nicht automatisch mehr Druck für die Schüler?

Hohlmeier: Nein, das neue achtjährige Gymnasium wird so konzipiert, dass eine Überforderung der Schülerinnen und Schüler ausgeschlossen werden kann. Ganz wesentlich zur Entlastung wird die entsprechende Straffung der Lehrpläne in den einzelnen Fächern beitragen. Darüber hinaus wird die individuelle Förderung groß geschrieben. Das Herzstück des neuen bayerischen Gymnasiums sind die so genannten Intensivierungsstunden, in denen die Schülerinnen und Schüler in kleinen Gruppen in halber Klassenstärke unterrichtet werden.

Nachhaltiges Lernen

Die Intensivierungsstunden ermöglichen ein begabungsge-rechtes Üben, Wiederholen und Vertiefen und sichern ein nachhaltiges Lernen. Sowohl die Schwächeren als auch die Stärkeren werden gefördert. Auch die Vorbereitung der Abiturienten auf die Anforderungen in Studium und Beruf wird im achtjährigen Gymnasium optimiert werden, und zwar mit der Einführung zweier Seminarfächer, die nicht nur das interdisziplinäre Denken und das Allgemeinwissen fördern, sondern den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, die Arbeit an einer Hochschule oder in einem Wirtschaftsbetrieb kennen zu lernen. Hier kann es auch enge Kooperationen mit der kommunalen Wirtschaft geben.

Sie sehen also, das neue G8 ist ein modernes und zukunftsorientiertes Gymnasium. Ich bin mir sicher, dass es ein Erfolgsmodell werden wird. **z**

gegen die Einschränkung des Grundrechts der Unverletzlichkeit der Wohnung“ so Schmatz weiter. Rot-Grün plane in § 21 des Gesetzes, dass Angehörige des Bundesverwaltungsamtes Wohnungen und Geschäftsräume durchsuchen dürften.

Das Gesetz sei ohnehin entgegen der Ansicht der Regierungskoalition auch zustimmungspflichtig, weil mit § 10 in die Zuständigkeit der kommunalen Rechtsaufsicht der Bundesländer eingegriffen werde. So sollen Arbeitgeber mit kommunalaufsichtlichen Notbewirtschaftungsmaßnahmen ebenfalls befreit werden. Das Gesetz sei zudem vom Bund nicht administrierbar. **z**

Bayerischer Gemeindetags zur Steuerschätzung:

Keine Entlastung der Kommunen in Sicht

Brandl: „Kanzlerwort einhalten: Kommunen sofort um 2,5 Mrd. Euro entlasten!“

Nach der jüngsten Steuerschätzung wird das Steueraufkommen der Städte und Gemeinden in 2004 gegenüber der letzten Schätzung vom Mai 2003 leicht ansteigen. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird bundesweit um 0,80 Mrd. Euro zurückgehen, die Gewerbesteuer wird netto um 2,85 Mrd. Euro steigen. Dies liegt aber allein an der im Dezember vereinbarten Absenkung der Gewerbesteuerumlage. Die Gemeinden nehmen also wie Bund und Länder weiter deutlich weniger Steuern ein, können wegen der Umlagesenkung aber einen größeren Teil des Kuchens für sich behalten.

„Die Finanzsituation bleibt weiterhin dramatisch“, sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, anlässlich der neuesten Steuerschätzung in München. Sofortige Hilfe des Gesetzgebers ist das Gebot der Stunde. Noch immer liegen die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden in Deutschland um über 3 Mrd. Euro unter denen des Jahres 2000.

Weitere Kürzungen

„Und auch die Zuweisungen brechen weiter weg“, so Brandl. Die Gemeinden erhalten im Jahr 2004 gut 2,5 Mrd. Euro weniger Geld von Bund und Ländern als 2000. Diese Entwicklung wird sich wegen der zu erwartenden Steuerausfälle des Bundes und der Länder weiter zuspitzen. Das führt zwangsläufig zu weiteren Kürzungen bei kommunalen In-

vestitionen in Straßen, Schulen, Sportanlagen und zu Einschnitten bei freiwilligen Leistungen wie Büchereien, Beratungs- und Betreuungsleistungen oder der Vereinsförderung. Immer neue Kürzungen aber sind den Bürgern nach jahrelangem Investitionsabbau nicht mehr zuzumuten.

Enorme Finanzrisiken

Brandl erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass es auch bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe enorme Finanzrisiken der Gemeinden gibt. Noch immer ist nicht klar, ob es zu der von der Bundesregierung zugesagten Entlastung der Kommunen um 2,5 Mrd. Euro kommen wird. „Hier haben wir das Wort des Bundeskanzlers - und diesem Versprechen müssen jetzt endlich Taten folgen“. **z**

Öffentlicher Verkehr erhöht seinen Anteil am „Modal Split“:

Mehr Fahrgäste in Bussen und Bahnen

Deutlich sinkender motorisierter Individualverkehr

Von Friedhelm Bihn, Pressesprecher des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen

In den letzten Jahren hat der öffentliche Verkehr seinen Anteil am Verkehrsaufkommen („Modal Split“) kontinuierlich steigern können. Dies zeigen die aktuellen Zahlenwerte zur Verkehrsentwicklung, die in dem vom Bundesverkehrsministerium (BMVBW) jetzt herausgegebenen Taschenbuch „Verkehr in Zahlen 2003/2004“ veröffentlicht sind.

Von 1998 bis 2002 ist die Zahl der jährlich beförderten Personen im öffentlichen Verkehr von 9,805 Milliarden auf 10,028 Milliarden gestiegen. Den Hauptanteil daran hält der öffentliche Personennahverkehr

Milliarden im Jahr 1998 auf 47,838 Milliarden im Jahr 2002 zurück. Dabei wurde nach einem über Jahrzehnte festzustellenden kontinuierlichen Anstieg im Jahr 1999 der höchste Wert mit 51,265 Milliarden erreicht, be-

nenkilometer im Jahr 2002 sank.

Dabei stieg der Bestand an zugelassenen Personenkraftwagen und Kombi von 1998 bis 2003 weiter beständig von 41,674 Millionen auf 44,657 Millionen. Die durchschnittliche Jahresfahrleistung dieser Fahrzeuge aber sank von 12.700 Kilometer im Jahr 1998 kontinuierlich auf 11.400 Kilometer im Jahr 2002. Die Gesamtfahrleistung aller

Beim öffentlichen Verkehr stieg die Verkehrsleistung von 1998 bis 2000 von 185,6 Milliarden auf 195,1 Milliarden Personenkilometer und sank anschließend bis 2002 wieder auf 187,1 Milliarden. Dabei war dieser Rückgang in den letzten beiden Jahren im wesentlichen vom Fernverkehr mit Eisenbahnen, Bussen und im Luftverkehr verursacht. Im Linienverkehr des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs stieg die Verkehrsleistung von 51,3 Milliarden im Jahr 1998 auf 52,1 Milliarden im Jahr 2002. Beim Schienenpersonen-



Friedhelm Bihn.

Verkehr erhöhte sich die Verkehrsleistung von 38,1 Milliarden 1998 auf 40,5 Milliarden im Jahr 2001 und ging dann 2002 auf 38,2 Milliarden zurück.

So stiegen bei der Verkehrsleistung die Anteile des öffentlichen Verkehrs von 19,7 Prozent im Jahr 1998 auf 21,2 Prozent im Jahr 2001 und gingen 2002 auf 20,7 Prozent zurück. Entsprechend sank der Anteil des motorisierten Individualverkehrs von 80,3 Prozent 1998 auf 78,8 Prozent 2001 und stiegen 2002 wieder auf 79,3 Prozent.

Quelle: Verkehr in Zahlen 2003/2004, Hrsg. Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Verantwortlich für den Inhalt: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Redaktionsschluss: November 2003, 32. Jahrgang, Hamburg 2003.

gen für die eigene Situation vor Ort geben. Vorwört: „Der Erfolg einer Fußgängerzone setzt ein gemeinsames Handeln von Politik, Verwaltung und Einzelhandel voraus. Nur wenn Konfliktpotentiale bereits im Vorfeld minimiert werden, können Fußgängerzonen zur Lebendigkeit und zur Erhöhung der Attraktivität unserer Innenstädte beitragen.“

Die Broschüre ist kostenlos und kann gegen eine Pauschale von 5 Euro über die CIMA Stadtmarketing GmbH, Briener Str. 45, 80333 München, Fax: 089-5420607, Tel. 089/55118154, E-Mail: auerswald@cima.de bezogen werden.

Erlangen als fahrradfreundliche Stadt ausgezeichnet

Erlangen ist eine der fahrradfreundlichsten Städte in Deutschland. Die mittelfränkische Kommune belegt in einer Studie des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) und des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) den ersten Platz bei den Städten zwischen 100.000 und 200.000 Einwohnern.

Das Ergebnis basiert auf einer Umfrage des ADFC, bei der 8.300 Fragebögen ausgewertet worden waren. Für den so genannten Fahrradklimatest wurden Themen wie Sicherheit, Komfort, Bekämpfung von Radwegparkern und Zustand der Radwege abgefragt.

Die Stadt sei ein Radfahr-Vorbild für andere Kommunen, nicht nur im Freistaat, sagte der

VDV-Jahrestagung 2004 vom 25.-26. Mai in Hamburg:

Sparen oder Investieren?

Verkehrspolitik am Scheideweg

Bundespräsident Johannes Rau wird mit einem Gastvortrag bei der Jahrestagung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) erwartet. Gastgeber der Spitzenveranstaltung vom 25.-26. Mai ist die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft (HHA). Sie steht im Zeichen der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs und der Verkehrsinfrastruktur.

In der Fachtagung Personenverkehr referieren hochkarätige Fachleute über „Szenarien 2030 für den Personenverkehr in Stadtregionen“, die Frage „Was erwartet der Kunde vom ÖPNV? - Qualität und Kundenorientierung im Nahverkehr“, sowie über „Lebensqualität, Prosperität und Innovation - nachhaltige Wirkungen eines leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrs auf Städte und Regionen“.

In der parallel stattfindenden Fachtagung Güterverkehr geht es um „Zukunftstrends im Güterverkehr in Deutschland und Europa - Was hat die Schiene zu erwarten?“, um „Kooperative Güterverkehrskonzepte - Vorgaben für die Entwicklung des Schienengüterverkehrs aus der Sicht der Logistik“ und „Voraussetzungen für eine positive Entwicklung des Schienengüterverkehrs aus Sicht der Unternehmen“.

In der gemeinsamen Abschlussveranstaltung am 26. Mai diskutiert man die Frage „Verkehrsfinanzierung am Scheideweg?“

CarSharing ergänzt das Mobilitätsangebot

VDV hat mit Erfahrung aus rund 50 Kooperationen Empfehlungen veröffentlicht

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ermutigt seine Mitgliedsunternehmen und -verbände, ihre Angebotspalette im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) um die Dienstleistung CarSharing zu erweitern. Rund 50 ÖPNV-Unternehmen kooperieren bereits mit CarSharing-Organisationen. Aus der Summe dieser Erfahrungen hat jetzt der Verband Empfehlungen erarbeitet und veröffentlicht.*

Die örtlichen Organisationen des CarSharing (Auto-Teilen/gemeinschaftliches Nutzen von Autos) bieten ein dezentrales, möglichst nah an den Wohnstandorten gelegenes Netz von Auto-Ausleihstationen. Die CarSharing-Teilnehmer schließen mit der Organisation einmalig einen Rahmenvertrag und können dann ohne weitere Formalitäten rund um die Uhr einen verfügbaren Wagen ihrer Wahl buchen und benutzen. Ein CarSharing-Auto kann so fünf bis acht private Pkw ersetzen. Gerade in dicht bebauten Vierteln der Städte wird so die Parkplatznot spürbar erleichtert.

Zufriedene Kunden

Untersuchungen belegen, dass ÖPNV-Fahrgäste mit CarSharing noch mehr Bus und Bahn fahren, mit diesen zufriedener sind als Durchschnittskunden und in der Kooperation ÖPNV/CarSharing eine attraktive Lösung für die Rest-Verkehrsbedürfnisse sehen, für die Busse und Bahnen kein optimales Angebot schaffen können. Damit gelingt es dem ÖPNV, Fahrgäste länger an sich zu binden und die Zahl der Jahresabo-Kunden zu erhöhen. Zugleich gewinnt das Verkehrsunternehmen, das gemeinsam mit einer CarSharing-Organisation an die Öffentlichkeit tritt, bei Politik und Publikum an positivem Image.

Etwa die Hälfte der bestehen-

den, rund 50 Kooperationen, bieten ihren Kunden ein kombiniertes Produkt an, das heute in der Regel noch aus zwei Teilangeboten, einem ÖPNV-Abo und einem Vertrag mit der CarSharing-Organisation besteht. An der technischen Kombination von „Electronic Ticketing“ und kontaktloser Datenübertragung auf CarSharing-Fahrzeuge wird derzeit gearbeitet.

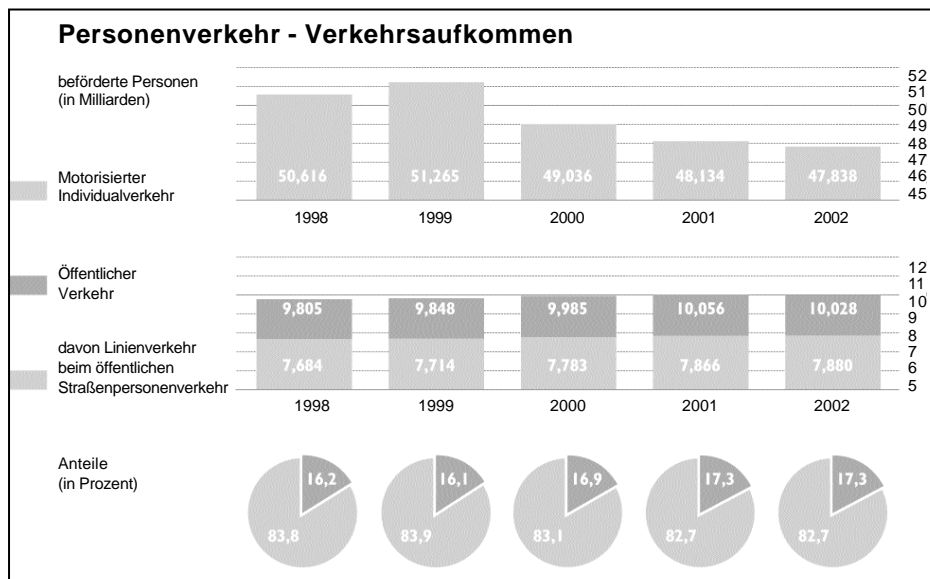
Kombinierte Produkte

Bei der Deutschen Bahn AG und den kommunalen Verkehrsunternehmen in Hagen, Hanau und Wuppertal geht das Engagement so weit, dass CarSharing im Verkehrsunternehmen selbst „gemacht“ wird. In Chemnitz und Dresden sind die Unternehmen zusammen mit einer CarSharing-Organisation Gesellschafter eines gemeinsamen Tochterunternehmens.

Der VDV sieht CarSharing als sinnvolle Ergänzung zu Bussen und Bahnen und Baustein in einem umfassenden und multimodalen Mobilitätsangebot für Menschen, die mit ihrer Mobilität bewusst umzugehen bereit sind.

* Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (Hrsg.), Mobilitätsbaustein CarSharing - Empfehlungen zur Kooperation mit dem ÖPNV, VDV-Mitteilungen Nr. 10009, Köln, April 2004, 68 Seiten DIN A 4, zum Preis von 22,50 € zu beziehen über beka Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen GmbH, Kamekestr. 20 - 22, 50672 Köln, Tel. 0221/951449-0, Fax 951449-20, E-Mail: info@beka.de.

groß. „Offensichtlich haben wir durch Verbesserungen in jüngerer Zeit wie zum Beispiel der Errichtung der großen Fahrradabstellanlage am Bahnhof wieder den Anschluss an die Spitze unter den deutschen Fahrradstädten geschafft“, sagte Balleis. Unter den 34 Städten über 200.000 Einwohner belegte Augsburg als bester Vertreter des Freistaats Platz 14, knapp vor München auf Rang 17 und Nürnberg als 18. Hier gewann Münster.



(ÖPNV), bei dem die Zahl der Fahrgäste von 9,474 Milliarden auf 9,722 Milliarden anstieg. Beim Linienverkehr des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs (Bus, Straßenbahn, U-Bahn) wuchs die Zahl der Fahrgäste von 7,684 Milliarden auf 7,880 Milliarden. Gleichzeitig erhöhten sich im Schienenpersonennahverkehr (einschließlich S-Bahn) die Fahrgastzahlen von 1,791 Milliarden auf 1,843 Milliarden.

Kontinuierlicher Anstieg

Im motorisierten Individualverkehr ging im gleichen Zeitraum die Zahl der beförderten Personen deutlich von 50,616

vor dieser in den folgenden Jahren kontinuierlich abnahm.

Steigende PKW-Zahlen

So sank beim Verkehrsaufkommen der Anteil des motorisierten Individualverkehrs am motorisierten Verkehr von 83,8 Prozent 1998 auf 82,7 Prozent 2002, während der Anteil des öffentlichen Verkehrs in diesem Zeitraum von 16,2 Prozent auf 17,3 Prozent anstieg.

Diese Entwicklung vollzog sich auch analog bei der Verkehrsleistung, die beim motorisierten Individualverkehr von 754,2 Milliarden 1998 über 761,6 Milliarden in 1999 auf 718,6 Milliarden Perso-

Kraftstoffverbrauch im Personenverkehr auf der Straße von 47,595 Milliarden Liter 1998 auf 47,834 Milliarden Liter 1999 und sank in den folgenden Jahren auf 44,635 Milliarden Liter 2002. Der Durchschnittsverbrauch der Personenkraftwagen und Kombis insgesamt sank von 8,7 Liter 1998 auf 8,4 Liter 2002. Im gleichen Zeitraum stieg die durchschnittliche Motorleistung von 66 kW auf 72 kW. Die Kraftstoffpreise stiegen - nicht zuletzt durch die zum 1. April 1999 eingeführte so genannte Öko-Steuer - beim bleifreien Normalbenzin von 0,79 Euro 1998 auf 1,03 Euro 2002 und bei Diesel im selben Zeitraum von 0,58 Euro auf 0,84 Euro.

Landesverband des Bayerischen Einzelhandels e.V. (LBE):

Neue Fußgängerzonen-Broschüre

„Kommunen sollten genau prüfen, welche Auswirkungen die Einführung einer Fußgängerzone sowohl auf den örtlichen Einzelhandel als auch auf die verkehrliche Situation haben kann“, sagte der Präsident des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels e.V. (LBE), Erich Vorwölt, anlässlich der neuen Fußgängerzonen-Broschüre „Wirtschaftsstandort Innenstadt“. Erstmals werden darin die Erfolgsfaktoren und Voraussetzungen für Fußgängerzonen in Klein- und Mittelstädten Bayerns präsentiert.

Grundlage für die empirische Untersuchung, die vom LBE und vom Bayerischen Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben wurde, war eine Befragung von Einzelhandelsunternehmen und Stadtverwaltungen in den bayerischen Klein- und Mittelstädten zum Thema „Fußgängerzonen und ihre Auswirkungen auf die Stadt- und Handelsentwicklung“. Vorwölt: „Trotz der anerkannten Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Besucher und Kunden kommt es in den letzten Jahren immer wieder zu Diskussionen und Konflikten. In manchen Kommunen klagt der Einzelhandel nach Einführung einer Fußgängerzone über den Wegfall von Parkplätzen, über weniger Kunden und sinkende Umsätze. Wie so oft im Leben gilt jedoch auch hier die Devise: Gut gemeint bedeutet nicht immer auch gut gemacht.“

In Bayern gibt es 199 Klein- und Mittelstädte mit 10.000 bis

50.000 Einwohnern, von denen 70 eine Fußgängerzone haben. Damit verfügt jede dritte Klein- und Mittelstadt über eine Fußgängerzone. Vorwölt: „Fußgängerzonen sollten idealerweise in der zentralsten Geschäftslage errichtet werden. Dabei muss allerdings unbedingt eine Überdimensionierung vermieden werden. Weniger ist oftmals mehr!“

Erreichbarkeit sichern

Wie aus der Studie weiterhin hervorgeht, ist neben einem dichten Handelsbesatz insbesondere die Erreichbarkeit mit dem PKW als auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen für eine belebte Fußgängerzone. Vorwölt: „Gerade Innenstadtanlagen und Fußgängerzonen konkurrieren mit den Einzelhandels-Großprojekten auf der grünen Wiese. Dort gibt es ausreichend kostenlose Parkplätze. Deshalb

muss der Besuch der Fußgängerzonen durch kostenlose oder niedrige Parkgebühren (kostenloses Kurzzeitparken) für die Kunden attraktiv bleiben.“

Einzugsgebiet

Laut der Studie haben Städte mit gut funktionierenden Fußgängerzonen in der Regel mehr als 15 - 20.000 Einwohner und ein Einzugsgebiet, welches aufgrund der attraktiven Einzelhandelsvielfalt weit über die Stadtgrenzen hinausreicht. Als Mindestvoraussetzung gelten dabei 5.000 Quadratmeter Verkaufsfläche. Weitere Erfolgsfaktoren für eine attraktive Fußgängerzone sind unter anderem ausreichende Gastronomieangebote und regelmäßige Aktionen und Events. All dies erhöht die Verweildauer und trägt damit wesentlich zur Belebung der Innenstadt bei. Touristische Anziehungspunkte und ein überwiegend historisches Stadtbild sind weitere optimale Grundlagen für eine funktionierende Fußgängerzone.

Die vorliegende Broschüre, bestehend aus einem Handlungsleitfaden, einer Checkliste sowie Best-Practice-Beispielen, soll allen beteiligten Akteuren praktische Hinweise und Hilfestellun-

Ostbayerische Initiative:

Die Neufahrer Kurve allein reicht nicht!

Ostbayern setzt weiter auf eine Fernverkehrs-Anbindung für den Airport

„Der Airport Franz Josef Strauß spielt in der Europaliga. Seine Verkehrs-Anbindung für Ostbayern ist aber noch nicht einmal reif für die Bayernliga.“ Mit diesem Vergleich aus der Welt des Fußballs charakterisieren die Repräsentanten der ostbayerischen Initiative für einen besseren Schienenanschluss des Flughafens die unbefriedigende Situation. Die Stadtoberhäupter aus Landshut und Regensburg, Josef Deimer und Hans Schaidinger, sowie Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder aus Marktredwitz unterstützen daher die Bemühungen von Verkehrsminister Dr. Otto Wiesheu, der ein „Paket bis 2010“ für die Verbesserung der Schienenanbindung des Flughafens geschnürt hat und mit schnellen Lösungen beginnen will.

Wie der zuständige Minister kürzlich ausführte, sei der am schnellsten zu verwirklichende Teil dieses Pakets der Erdinger Ringschluss und mit ihm eine S-Bahn-Verlängerung nach Freising über die so genannte Neufahrer Kurve.

Projekt zügig verwirklichen

Nachdem es sich hier um eine Maßnahme des Nahverkehrs handle und nur geringe Hürden des Naturschutzes vorhanden seien, könne das Projekt in den nächsten Jahren zügig verwirklicht werden. Damit hätten auch die Passagiere und Beschäftigten des Flughafens aus Richtung Landshut die Möglichkeit, in Freising vom Regionalzug in die S-Bahn zu wechseln und umgekehrt. „Sollte dies noch am selben Bahnsteig mit abgestimmtem Fahrplan geschehen, könne man von einer ersten Verbesserung gegenüber dem Shuttlebus sprechen“, stellte hierzu OB Schaidinger fest.

Darüber hinaus gebe es die Möglichkeit, über die Neufahrer Kurve Regionalzüge aus Richtung Ostbayern zum Flughafen rollen zu lassen. Diese könnten dann allerdings nur Mühlendorf zum Ziel haben oder den Münchner Ostbahnhof auf großem Umweg über Erding und Markt Schwaben erreichen. Ob diese Verbindungen über den Flughafen hinaus genügend Interesse bei den Bahnkunden finden, sei eher zweifelhaft - man werde sehen. Für den Regens-

burger Oberbürgermeister ist entscheidend, ob man mit diesen Zügen in Landshut umsteigen müsse oder beispielsweise von der Oberpfalz aus durchfahren könne. Auch müsse sich eine derartige „Über-Eck-Verbindung“ in der Praxis erst bewähren. „Wir werden uns genau anschauen, welcher Anteil an Fluggästen damit von der Straße auf die Schiene verlagert wird“, kündigte Hans Schaidinger an.

EU-Osterweiterung

„Aus diesem Grund treten wir weiter dafür ein, als Ziel eine tatsächlich für den Fernverkehr taugliche Schienenanbindung zum Flughafen zu verfolgen“, fügte das Marktredwitzer Stadtoberhaupt Dr. Birgit Seelbinder hinzu. Nur wenn man von der Relation Hof - Marktredwitz - Weiden - Regensburg - Landshut - München von Osten her ein Gleis zum Flughafen lege, habe man die Chance, auf kurzem Weg nach München weiterzufahren und damit auf Dauer lang laufende Fernverbindungen mit guter Auslastung zu planen.

Dass dies vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung insbesondere für die Wirtschaft im ostbayerischen Raum wichtig sei, betonen auch die ostbayerischen Industrie- und Handwerkskammern sowie Handwerkskammern.

Auch diese haben die Neufahrer Kurve als kurzfristige Lösung bejaht, gleichzeitig ganz entschieden an der Forderung

nach einem weiteren, von Osten in den Flughafen eingeführten Fernbahnanschluss festgehalten. Im Übrigen stelle der Erdinger Ringschluss dazu keine Konkurrenz dar. Vielmehr ergänzten sich beide Infrastruktur-Maßnahmen in geradezu idealer Weise.

Inhalt des Gesamtpakets

Die Repräsentanten von mehr als 50 Städten, Landkreisen,

Versicherungskammer Bayern:

Einweihung des neuen Verwaltungszentrums

„Mit der Einweihung des neuen Verwaltungszentrums setzt die Versicherungskammer Bayern einen weiteren Meilenstein in ihrer Erfolgsgeschichte“, so Innenminister Dr. Günther Beckstein in Vertretung des Ministerpräsidenten anlässlich der Einweihungsfeier des Gebäudekomplexes in München.

„Die eigentliche Geburtsstunde der heutigen Versicherungskammer Bayern ist im Jahr 1995, dem Jahr der Strukturreform“, erinnerte Beckstein. Damals schuf der Bayerische Landtag die gesetzlichen Voraussetzungen für die Umstrukturierung der Bayerischen Versicherungskammer.

Die Staatsregierung hat mit der Strukturreform der Bayerischen Versicherungskammer vor allem drei Ziele verfolgt: Privatisierung, Modernisierung und Sicherung des Wirtschaftsstandorts Bayern und München. „Zehn Jahre nach der Neuordnung der Versicherungsanstalten können wir eine durchwegs positive Bilanz ziehen. Wir haben die gesetzten Ziele alle erreicht, ja sogar übertroffen“, freute sich Beckstein.

Die Anfänge der Versicherungskammer Bayern reichen bis ins Jahr 1875 zurück. Damals erließ König Ludwig II. von Bayern das Gesetz zur Errichtung der Königlichen Brandversicherungskammer, mit dem die Bayerische Versicherungskam-

mer, die Rechtsvorgängerin der Versicherungskammer Bayern, gegründet wurde. 120 Jahre lang war die Bayerische Versicherungskammer eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Staatsbehörde. Als gemeinsames Geschäftsleitungsorgan verwaltete sie die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten des Freistaats Bayern und zehn öffentlich-rechtliche Versorgungsanstalten.

Keine Halbheiten!

„Um beim Beispiel des Fußballs zu bleiben, kann das Spiel erst dann abgepfiffen werden, wenn ein eindeutiges Ergebnis erreicht ist. Für uns ist das die direkte Fernbahnanbindung Ostbayerns an den Münchner Flughafen“, kündigten die Vertreter der Initiative an und fügten hinzu: „Mit Halbheiten werden wir uns nicht zufrieden geben.“ DK



AVV-Vorsitzender Landrat Dr. Karl Vogele (r.) und der Bezirksvorsitzende des Landesverbandes Bayerischer Omnibusunternehmer, Josef Brandner, einigten sich für die Übergangszeit von zwei Jahren auf eine neue Kooperationsvereinbarung.

Augsburger Verkehrsverbund:

Fahrgäste sind die Gewinner

Nach langwierigen Verhandlungen wurden zwischen dem Augsburger Verkehrsverbund (AVV) unter dem Vorsitz von Landrat Dr. Karl Vogele und den Regionalbusunternehmen unter Führung von Josef Brandner jun. zum 30. April 2004 neue Vereinbarungen für 2004 und 2005 getroffen. Die Vereinbarung sieht für diese Übergangszeit von zwei Jahren vor, die Zuschüsse an die Busunternehmen für den regionalen Linienverkehr um 10 Prozent zu senken, das entspricht in der Summe knapp 1,5 Millionen Euro. Mit den Zuschüssen wird das nicht durch Fahrgeldeinnahmen und staatliche Zuschüsse gedeckte Defizit ausgeglichen.

Die Fahrgäste sind die Gewinner der neuen Vereinbarung. Die Busunternehmen haben sich verpflichtet, weder an der Fahrplanleistung noch am gewohnten Komfort Streichungen vorzunehmen. Entgegen erster Befürchtungen, das Fahrplanangebot vor allem im ländlichen Raum könnte ausgedünnt werden, bleiben die Fahrpläne weitestgehend erhalten. Eine andere Maßnahme betrifft die Fahrgäste unmittelbar: Seit 1. Mai müssen die Fahrgäste im Regionalbusverkehr wieder mit ihren Fahrausweisen vorne beim Fahrer einsteigen. Im Interesse der zahlenden Kunden soll so die Zahl der Schwarzfahrer reduziert werden. Wie in Berlin, Braunschweig oder Dortmund erwarten sich die Verkehrsunternehmen dadurch einen Anstieg der Fahrgelderlöse.

Die AVV-Gesellschafter, Stadt und Landkreis Augsburg sowie die Landkreise Aichach-Friedberg und Dillingen, setzen große Hoffnungen auf das verstärkte unternehmerische Engagement der Busunternehmen. Im Gegenzug wird den Unternehmen mehr Einfluss auf die Tarifgestaltung und die Streckenführung zugestanden. So werden zukünftig Änderungen des Gemeinschaftstarifs von den Busunternehmen vorgeschlagen und im Einvernehmen mit den AVV-Gesellschaftern beschlossen. Bei Streckenführung, Planung der Haltestellen und Fahrplangestaltung können die Unternehmen unter Einbeziehung des AVV ei-

genverantwortlich entscheiden. Hingegen sind wesentliche Änderungen wie zum Beispiel die Einstellung einzelner Linien oder Linienabschnitte nur einvernehmlich mit dem AVV möglich.

Bis Ende 2005 soll aus dem Augsburger Verkehrsverbund eine neue Verbundorganisation entstehen, die der Sicherung und dem Ausbau des bestehenden Verkehrsangebotes dient. „Mit der Vertragsunterzeichnung“, so Vogele, haben wir den Grundstein für eine neue gemeinsame Zukunft des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbundraum des AVV gelegt.“

Geänderte rechtliche Rahmenbedingungen im Zuge der Bahnreform, eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes sowie Sparzwänge der öffentlichen Hände machten es erforderlich, die seit 1985 bestehende Organisationsform zu überdenken und neu auszurichten, so der AVV-Vorsitzende weiter. Brandner betonte, dass sich die Busunternehmen gemeinsam ein hohes Ziel gesteckt haben. Um das zu erreichen brauche es die Bündelung aller Kräfte und Kreativität aller Beteiligten. „Wir, die Verkehrsunternehmen, haben in der Übergangsphase die Chance, unsere Leistungsfähigkeit und Kompetenz unter Beweis zu stellen. Neue Fahrpläneentwürfe und betriebliche Verbesserungsmaßnahmen werden eine günstigere Durchführung der Leistung ermöglichen“, blickte Brandner zuversichtlich in die Zukunft. DK

Landkreis Neu-Ulm:

Wirtschafts- und Strukturbeirat für Flughafen Memmingerberg

Der Wirtschafts- und Strukturbeirat im Landkreis Neu-Ulm setzt sich für einen Flughafen Memmingerberg ein. „Die Pläne für einen zivilen Flugplatz Lagerlechfeld werden abgelehnt, da dieser eine wirtschaftlich tragfähige Nutzung von Memmingerberg unmöglich machen würde“, teilte Landrat Erich Josef Geßner in einem Schreiben an Minister Dr. Otto Wiesheu mit.

Gleichzeitig bat Geßner den Minister darum, die Interessen der Menschen und der Unternehmen im Landkreis Neu-Ulm in den derzeit laufenden Machbarkeitsstudien und Planungen für einen künftigen Flughafen in Schwaben zu berücksichtigen.

Gegen Lagerlechfeld

Gegen eine Nutzung von Lagerlechfeld spricht nach Auffassung des Wirtschafts- und Strukturbeirates vor allem, dass für Memmingerberg bereits ein durch private Investoren finan-

ziertes und Erfolg versprechendes Nutzungskonzept vorliegt und die Verkehrsanbindung der Regionen Donau-Ille und Allgäu an Lagerlechfeld deutlich schlechter wäre. Weiterhin würde die Schaffung dringend benötigter neuer Arbeitsplätze in den beiden Regionen verhindert. Außerdem, so befürchtet der Wirtschafts- und Strukturbeirat, würden bei einer zivilen Mitnutzung des Militärflughafens Lagerlechfeld unsichere Flugtermine, längere Wartezeiten und dadurch hohe Material- und Personalkosten für die Wirtschaft entstehen. DK

6. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung:

Kompass Nachhaltigkeit

Die 6. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung standen ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit - ein zentrales Anliegen des 30-jährigen Lehrstuhls für Bodenordnung und Landentwicklung sowie des 60-jährigen Lehrstuhlinhabers Univ.-Prof. Dr.-Ing. Holger Magel und seiner 10-jährigen Präsidentschaft der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum.

In seinem Grußwort verwies der Vizepräsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, Dr. Jürgen Busse, auf das Verdienst Holger Magels, die Dorferneuerung allgemein mit den Maßnahmen zur Verschönerung der ländlichen Orte und zur Verbesserung der Infrastruktur mit „nachhaltigen“ Zielsetzungen und einer Leitbilddiskussion in den Dörfern zu verbinden.

Suche nach den Wurzeln

Magel habe den damaligen Flurbereinigungsdirektionen und den Bürgermeistern vor Ort die Einsicht vermittelt, dass Dorferneuerung nicht nur bedeutet, Fördermittel für die Erneuerung von Marktplätzen und Ortsstraßen zu erhalten, sondern stets zusammen mit der Dorfgemeinschaft die Frage zu stellen sei: „Was sind unsere Wurzeln und wohin wollen wir uns entwickeln?“ Dabei habe er sehr früh erkannt, dass die Gemeinde der Chef bei der künftigen Ortsgestaltung sein muss. Diese Po-

sition der Gemeinde sei auch dadurch gefestigt worden, dass es Magel gelang, bei den Flurbereinigerungsverfahren die Gemeinde kraft Gesetzes als Mitglied in der Teilnehmergeinschaft zu verankern.

Positive Bilanz

Landwirtschaftsminister Josef Miller bezeichnete die Bilanz des 30-jährigen Bestehens des Lehrstuhls für Bodenordnung und Landentwicklung der TU München als äußerst positiv - „sowohl was die akademische Arbeit anbelangt, insbesondere die Ausbildung der Studentinnen und Studenten für die Aufgaben der Ländlichen Entwicklung, als auch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Verwaltung für Ländliche Entwicklung“.

Derzeit seien Überlegungen zur Weiterführung des Forschungsvorhabens „Zukunftsorientiertes Landmanagement“ im Gange, betonte Miller. Dabei werde das Ziel einer „aktivierenden Verwaltung“, d.h. einer

Verwaltung, die im ländlichen Raum Herausforderungen erkennt, Entwicklungsprozesse anstößt und diese steuernd begleitet, verfolgt. Dazu gehörten sowohl klar definierte Ziele, Aufgaben und Kompetenzen als auch eine fundierte wissenschaftliche Grundlage. Nichts sei praktischer als eine gute Theorie.

Beispiel Berching

Aus der Sicht der Stadtgemeinde Berching formulierte 1. Bürgermeister Rudolf Eineder „Herausforderungen an die Inter-Disziplin Bodenordnung und Landentwicklung im 21. Jahrhundert“. Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre wurde in Berching der Main-Donau-Kanal gebaut. Dieser für die Stadt und manche Ortsteile enorme Eingriff konnte Eineder zufolge „nur mit einer Unternehmensflurbereinigung auf der einen Seite sowie Untersuchungen im Rahmen eines Inselgutachtens, einer Leitbildarbeit und des Einstieges in die Dorferneuerung zukunftsweisend bewältigt werden“.

In den vergangenen 15 Jahren sei eine moderne Gemeinde-Infrastruktur geschaffen worden, die dem Menschen das „Hier-

bleiben wollen“ und das „Hierbleiben können“ ermögliche. Im Rahmen von Dorferneuerungsmaßnahmen, des Leader 2 geförderten Projektes „Dorf in der Region“, einer von der Direktion für Ländliche Entwicklung Regensburg initiierten „Gemeinwesenentwicklung“ seien u.a. mehr Jugendhäuser und Kinderspielplätze erweitert, Gemeinschaftshäuser geschaffen und Dorfplätze gestaltet worden. Durch Ausweisung zweier Gewerbegebiete konnte die Stadt ihren Bauhof aussiedeln und das bisher benutzte Gebäude, den ehemaligen Getreidespeicher zu einem „Kulturhaus Schranne“ umbauen, in dem heute Vorträge, Ausstellungen, Vereinstreffen, Konzerte usw. stattfinden.

Im Rahmen der Kanalbaumaßnahme seien stadtnahe Parkplätze geschaffen worden, bemerkte Eineder. Zudem konnte die Stadt wieder Bauland ausweisen, „wobei dies nur dann der Fall ist, wenn die Stadt in den Besitz von 50 Prozent der Fläche kommt“. Dies sei per Satzung geregelt.

Der Bürger im Mittelpunkt

„Um das 21. Jahrhundert gestalten zu können, müssen wir den Menschen, den Bürger in den Mittelpunkt stellen“, erklärte der Rathausschef. Die Bürger wollten und müssten stärker in die Kommunalentwicklung eingebunden und auch kompetent (gemacht) werden. Die Eigenverantwortung sei zu stärken. Eineder: „Wenn ich heute unsere Stadt betrachte, die sich aus 20 ehemaligen Gemeinden zusammensetzt, habe ich manchmal den Eindruck, dass wir die Wunden der Gebietsreform in

den 70er Jahren immer noch nicht ganz überwunden haben. Stadt und Land verstehen sich bis dato nicht als eine wirkliche Einheit.“

Es gelte, sich verstärkt dem Erhalt der Landschaft zu widmen und dieses Bewusstsein an die Bürger heranzutragen, Instrumente zu finden, wie das Land zu ordnen ist und den Ort, die Gemeinde, die Region einzuordnen in ein großes Ganzes, um mit nachhaltigem Handeln den Anforderungen eines großen Europa langfristig gerecht zu werden.

Klares Bekenntnis zu Direktionen

Dazu würden auch künftig Dienstleistungen wie „Erkennen-, Beraten-, Zuhörenkönnen, Initiieren, Steuern, Moderieren, Koordinieren, Vernetzen sowie planerische, rechtliche, gewisse infrastrukturelle und bodenordnerische Hilfen in einem Guss zur konfliktfreien Umsetzung gemeindlicher und privater Vorhaben“ benötigt. In diesem Zusammenhang legte Eineder ein klares Bekenntnis zu den Direktionen für Ländliche Entwicklung ab: „Wir brauchen sie, erst recht in Zeiten knapper Mittel, mehr denn je!“

Zuvor hatte der Präsident des Bayerischen Landtags, MdL Alois Glück, einen weiten Bogen von der Bedeutung der Dorferneuerung bis zu den Folgen der Globalisierung und der demografischen Entwicklung gespannt. Nachhaltigkeit, so Glück, sei ein „zentraler Kompass“ für ethische Herausforderungen.

Allein auf ökonomische Rahmenbedingungen zu achten, sei falsch, warnte Glück. Deutsch-

land sei eine Art Sanierungsfall geworden. Die Quelle der Fehlentwicklung seien mangelnde Wertvorstellungen - Stichwort Spaßgesellschaft. Die Idee der Nachhaltigkeit zwingt hingegen dazu, „langfristig zu denken und Verantwortung zu übernehmen“.

Modellhaft könne das Beispiel der Dorferneuerung verdeutlichen, wie nach dem Subsidiaritätsprinzip im „Dreiklang“ nachhaltige Reformimpulse ausgehen, wenn Bürger entscheiden, Experten beraten und Impulse geben und der Staat den Rahmen setzt. Mit Blick auf die Debatte um die Verwaltungsreform mahnte Glück, den grundsätzlichen Wert der Dorferneuerung für eine Bürgerbeteiligung sowie „eine echte Partnerschaft und Verantwortungsgemeinschaft“ nicht aus den Augen zu verlieren.

Natur ist dynamisch

Der Begriff der Nachhaltigkeit dürfe nicht nur konservierend verstanden werden, sagte der Landtagspräsident. Man dürfe nicht nur beim Schützen und Bewahren, beim Respekt vor Natur und Kreatur stehen bleiben. Natur sei etwas Dynamisches, was auch in der Veränderung wahrgenommen werden müsse.

In der Generationengerechtigkeit sowie der demographischen Entwicklung sieht Glück einen weiteren Aspekt von Nachhaltigkeit. Aufgrund der steigenden Zahl der kinderlosen Singles und Paare „müssen neue soziale Netzwerke entwickelt werden, um das familiäre und verwandtschaftliche Netz zu ersetzen.“ DK

Fachtagung des LfU Augsburg:

Gebäuderückbau - kontaminierte Bausubstanz

Alte Gebäude, die nicht mehr genutzt werden können, sind dem Bauherrn oder Planer bei Maßnahmen des Flächenrecyclings häufig ein Dorn im Auge. Platz muss her, die alten „Hütten“ sollen möglichst schnell den Weg frei machen für die neue, moderne Bebauung. Und der Dschungel an gesetzlichen Vorgaben sowie die Meldungen über immer neue Umweltschadstoffe machen dem Investor das Leben auch nicht leichter.

Aber gerade bei industriell genutzten Gebäuden oder Bauwerken mit einer langen Geschichte ist heute bekannt, dass potenzielle Gefahrstoffe in allen nur erdenklichen Kombinationen und oft gut versteckt vorkommen. Die notwendige Beurteilung dieser Gebäude vor dem Rückbau erfordert ein hohes Maß an Fachkompetenz, sowohl bei den Planern bzw. Gutachtern wie bei den ausführenden Firmen und den überwachenden Behörden. Sonst kommt es unvermeidlich zur Vermischung der Schadstoffe mit eigentlich sauberem Material. Eine der häufigsten Folgen sind Bauverzögerungen und teils immense Kostensteigerungen. Ganz abgesehen von der rechtlichen Verantwortung der Beteiligten und der Gefährdung der Arbeiter.

Blick über den Tellerrand

Im Rahmen der Fachtagung „Gebäuderückbau - kontaminierte Bausubstanz“ des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz in Augsburg vertiefte die Referenten u.a. konkrete, praxisnahe Fragestellungen der Schadstofferkundung, Vergabe, Ausführung und Dokumentation des Rückbaus sowie der Bauabfallentsorgung. Ein Blick über den eigenen Tellerrand in die Schweiz wurde ebenso gewagt wie Wege der Qualifizierung der Unternehmen aufgezeigt. Beispiele aus der Praxis rundeten das Programm ab.

Wie Dr. Jürgen Kisskalt, LGA Institut für Umweltgeologie und Altlasten GmbH, Nürnberg, erklärte, können in Gebäuden unterschiedlichsten Baualters relevante Baumaterialien auftreten, die beim Rückbau und der Entsorgung zu beachten sind. Auch nicht industriell genutzte Gebäude enthielten meist Schadstoffe in

bestimmten Baumaterialien. Daran ergebe sich die Notwendigkeit, alle für einen Rückbau vorgesehenen Gebäude auf die eingesetzten Baumaterialien zu überprüfen und schadstoffverdächtige Bauteile zu untersuchen.

Für eine effiziente Bearbeitung sind laut Kisskalt folgende Schritte sinnvoll: Recherche der Bau- und Nutzungsgeschichte, Aufstellen des Probenahmeplans, technische Erkundung, Rückbau- und Entsorgungskonzept. Letzteres sowie ein aufzustellender Arbeits- und Sicherheitsplan bildeten die Basis für eine Kostenschätzung des kontaminationsbedingten Mehraufwands des Rückbaus sowie für die Ausschreibung der Leistungen.

Erfindungsgeist notwendig

Nach den Ausführungen von Dr. Regina Elsner vom Regensburger Amt für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz wird bei Abbruch und Rückbaumaßnahmen „nie die hundertprozentige Sicherheit herrschen, dass alles so kommt, wie es geplant wurde“. Flexibilität und Erfindungsgeist seien immer notwendig. Eine exakte Trennung aller Einsatzstoffe werde mit Sicherheit sehr komplex. Eine Überwachung rund um die Uhr um Abfallvermischung und ordnungsgemäße Schadstoffbeseitigung sicherzustellen, sei sehr aufwändig. Die Behörde könne durch ihre Bemühungen nur einen Beitrag zur Schadstoffeinschränkung und Gesundheit der Arbeitnehmer und Nachbarn leisten.

Der Vortrag von Rechtsanwalt Andreas Hilge, Rödl & Partner, Regensburg, zeigte auf, warum die Reaktivierung von Brachflächen, das heißt die Wiedereingliederung von Brachflächen in

den immobilienwirtschaftlichen Kreislauf, im Regelfall sehr schwierig, wenn nicht sogar unmöglich ist.

Flächenrecycling stellt Hilfe zufolge letztlich eine Reparaturmaßnahme dar, die regelmäßig einen erheblichen Kosten- bzw. Investitionsaufwand erzeugt. Kostenfaktoren seien insbesondere der (Teil-)Rückbau kontaminierter Bausubstanz, Altlastenuntersuchungen und -sanierungen sowie der nicht zu unterschätzende Faktor Zeit.

Politische Chance

Die Renditechancen litten erheblich bei einem Überangebot an Brachflächen, bei bestehender Preiskonkurrenz mit Flächen „auf der grünen Wiese“ und Umlandflächen sowie im Falle absehbarer zeitlicher Verzögerungen. Interkommunale Konkurrenz, der Vorrang ökonomischer Ziele auf der kommunalpolitischen Ebene sowie kontraproduktive steuerliche Rahmenbedingungen kämen hinzu. Unterschiedliche Genehmigungsanforderungen mit teilweise stark voneinander abweichenden Verfahrensdauern offenbarten nicht nur fehlende innerbehördliche Abstimmungen, sondern machten auch pragmatische Lösungen schwierig.

Die Stadt bzw. Gemeinde, in der sich der Altstandort befindet, habe regelmäßig ein Interesse daran, dass ihre städtebauliche Entwicklung vorangetrieben wird und keine altlastenbehafteten Brachflächen auf Dauer im Stadt- bzw. Gemeindegebiet ruhen, fuhr Hilge fort. Ferner biete die Sanierung von schädlichen Bodenveränderungen wegen ihrer Zukunftsbezogenheit, kombiniert mit Umweltschutzmaßnahmen, eine politische Chance für die kommunalen Mandatsträger. Jahrelanges Verschleppen von Projekten wegen Streitigkeiten über die Finanzierung oder den Umfang von Sanierungen könne sich negativ auf das Ansehen der Kommune auswirken. DK

Kunststofffenster auf der fensterbau/frontale in Nürnberg:

Positive Bilanz von der Herstellung bis zum Recycling

Gemeinsame Pressekonferenz von EPPA, GKV, PVCplus und Rewindo

Als „Star mit exzellenten Karriereaussichten“ bezeichnete Werner Preusker, Sprecher der Initiative PVCplus, das PVC-Fenster auf der gemeinsamen Pressekonferenz von führenden Verbänden der Kunststoffbranche anlässlich der Messe fensterbau/frontale in Nürnberg. Neben innovativem Design, hervorragender Wärmedämmung und exzellenter Haltbarkeit, trägt dabei auch die nahezu vollständige Recyclebarkeit von Kunststofffenstern zur weiterhin positiven Marktentwicklung bei.

Um dieses ökologische Profil und das Prinzip der Nachhaltigkeit ging es auf der Pressekonferenz in Nürnberg, zu der EPPA (Europäischer Verband der Hersteller von PVC-Fensterprofilen und verwandten Bauprodukten), GKV (Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e.V.), PVCplus und Rewindo eingeladen hatten.

Selbstverpflichtung

Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Volker Hofmann, dem Präsidenten der EPPA, der als prominente Referenten für das Grußwort Helmut Marzahn, Geschäftsführer der profine

GmbH und Andreas Hartleif, Vorstand der VEKA AG, gewinnen konnte. Ulrike Grawe vom Europäischen Verband der Hersteller von PVC-Fensterprofilen und verwandten Bauprodukten (EPPA) verwies in ihrem Referat auf die europäischen Aktivitäten der Fensterprofil-Branche. Konkrete Ziele vom Recycling bis zum schrittweisen Bleiausstieg sind dabei in der Freiwilligen Selbstverpflichtung „Vinyl 2010“ festgeschrieben.

Vorgabe übertroffen

Michael Vetter, Geschäftsführer der Rewindo GmbH, zog in seinem Vortrag eine positive

Zwischenbilanz mit konkreten Recyclingzahlen für das Jahr 2003. Danach wurde die Recyclingquotenvorgabe für Altfenstern um 10 Prozent übertroffen. Dieser Erfolg ist vor allem auf die gute Zusammenarbeit mit den Recyclingpartnern Tönsmeier Kunststoffe und VEKA Umwelttechnik zurückzuführen. Preusker erläuterte die posi-

ven Energiesparaspekte von Kunststofffenstern und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass sie nach Beseitigung einiger Missverständnisse ob ihrer Umweltverträglichkeit künftig verstärkt eingesetzt werden.

Ralf Olsen, Geschäftsführer des Gesamtverbands Kunststoffverarbeitende Industrie, informierte in seinem Statement über die Berufsausbildung in der Kunststoffverarbeitenden Industrie, die Ausbildungsplatzinitiative des GKV sowie über die Auswirkungen der Ausbildungsplatzabgabe. Zudem stellte er die Berufsausbildung für Hersteller von Kunststofffenstern vor, mit dem der Branchen die Möglichkeit eröffnet wird, erstmals ihren eigenen qualifizierten Fachkräftenachwuchs auszubilden.

Zuversicht in der Branche

In der Abschlussdiskussion kam die positive und zuversichtliche Stimmung der Branche zum Ausdruck, die durch die Impulse der Messe unterstrichen wurde. In einem Punkt waren sich alle Teilnehmer der Pressekonferenz einig. Das Thema „Nachhaltige Entwicklung“ ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die durch freiwillige Initiativen bestens gelöst werden kann.



Da das Fassungsvermögen der Container mit 600 bis 1.000 Liter sehr hoch bemessen ist, müssen die Behälter weit seltener geleert werden als konventionelle Abfallcontainer.

Die Spitze des Eisbergs

Unterflursysteme sorgen für eine müllfreie Umgebung und lassen sich Kosten sparend einsetzen

Burbach - Überquellende Abfallbehälter, Recycling-Stationen, die an wilde Deponien erinnern, Belästigung durch Lärm und Gestank: Die öffentliche Abfall- und Wertstoffentsorgung ist ein - wenn auch notwendiges - Übel. Für die Kommunen und öffentlichen Verwaltungen bedeutet sie nicht nur einen erheblichen Kostenfaktor, sondern auch den Anlass für viele Beschwerden seitens der Bürger. Das Problem ist lange bekannt: Müllbeseitigung muss sein, sie soll aber so wenig wie möglich auffallen und dennoch effektiv und kostengünstig bleiben. Mit den klassischen Entsorgungssystemen lässt sich dies kaum erreichen.

Dabei liegt die Lösung auf der Hand, oder vielmehr unter der Erde: Der Einsatz so genannter Unterflursysteme erlaubt es, die sich widersprechenden Ziele in idealer Weise zu verbinden. Denn: Sie verlagern die eigentlichen Sammelbehälter unter die Oberfläche und damit aus dem Blickfeld. Sichtbar bleiben nur die Einfallöffnungen. Dadurch kann die Kapazität der Container ohne Beeinträchtigung der Optik deutlich vergrößert werden - mit entscheidenden Vorteilen für Nutzer und Betreiber.

Zeit- und Kosteneinsparung

Überquellende Müllbehälter und herumliegender Abfall gehören der Vergangenheit an, weil das Fassungsvermögen so berechnet ist, dass die Behälter auch bei längeren Leerungsintervallen stets genügend Füllraum besitzen. Für die Kommunen spart das System Zeit und Kosten, denn die Unterflurcontainer müssen weit seltener und weniger personalintensiv geleert werden als herkömmliche Behälter.

Ein einfaches Absaugen

Und dabei weist das neue System noch eine weitere Besonderheit auf: Anders als bei den unterirdisch angebrachten Recycling-Containern, die in herkömmlicher Weise mit ei-

nem Kran angehoben und entleert werden, kann der Behälterinhalt des „City“-Systems mit Hilfe der Saugvorrichtung gängiger Kehrmaschinen einfach abgesaugt werden.

Das „City“-System von H&G

Dieses Forderungssystem wird das Sammelsystem „City“ des Siegerländer Herstellers H&G Entsorgungssysteme in besonderer Weise gerecht. Das Unternehmen, das bereits seit über 10 Jahren mit den Unterflur-Recyclingstationen „Europa“ und „Illert“ am Markt erfolgreich vertreten ist, hat jetzt mit der Produktlinie „City“ auch die städtische Restmüll-Entsorgung unter die Erde verlegt.

Einfaches Absaugen

Und dabei weist das neue System noch eine weitere Besonderheit auf: Anders als bei den unterirdisch angebrachten Recycling-Containern, die in herkömmlicher Weise mit ei-

nem Kran angehoben und entleert werden, kann der Behälterinhalt des „City“-Systems mit Hilfe der Saugvorrichtung gängiger Kehrmaschinen einfach abgesaugt werden.

Seltenerer Leerung

Da das Fassungsvermögen der Container mit 600 bis 1.000 Liter sehr hoch bemessen ist, müssen die Behälter weit seltener geleert werden als konventionelle Abfallcontainer. Zudem reicht im Allgemeinen eine Person zur Bedienung des Systems und der Reinigungsmaschine aus, so dass auch hier Potenziale zur Kostenreduzierung genutzt werden können.

Flexibel und individuell

Das „City“-System kann innerhalb kürzester Zeit an jedem beliebigen Ort installiert werden. Zudem entwickelt H&G individuelle Sonderlösungen bei der Gestaltung der Einwurfschächte, um sie den besonderen Gegebenheiten der entsprechenden Umgebung anzupassen. Aus dem notwendigen Übel Müllentsorgung wird somit ein integraler Bestandteil der gestalterischen Planung, der zudem hilft, auf lange Sicht Kosten zu sparen.

Weitere Informationen: H&G Entsorgungssysteme GmbH, Lützelner Straße 46, 57299 Burbach, Heiko Schuhen, Tel: 02736/3053, Fax: 02736/3054, h.schuhen@hgentsorgungssysteme.de www.hgentsorgungssysteme.de

Straßenmüll im Fokus

Weißenburg (wefa) - Wenn das staatliche Straßenbauamt den Müll entsorgt, den es entlang von Staats- und Bundesstraßen außerhalb von Ortschaften gesammelt hat, dann muss es dafür dem zuständigen Landkreis Müllgebühren zahlen. Das hat der Verwaltungsgerichtshof München jetzt entschieden. Voraus gegangen war ein seit sieben Jahren währender Rechtsstreit zwischen dem Freistaat und dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen.

Der Freistaat hatte gegen die Heranziehung zu Abfallgebühren durch den Landkreis für die Entsorgung von „wildem Müll“ aus dem Bereich von Bundes- und Staatsstraßen außerhalb von Ortschaften geklagt.

Widerspruch und Klage

Vom Straßenbauamt Ansbach waren die verstreut vorgefundenen Abfälle in ständiger Praxis durch seine Bediensteten zusammengetragen worden. Für diesen eingesammelten Müll, der auf die Kreisdeponie kam, erhielt das Straßenbauamt entsprechende Müllgebührenbescheide vom Landkreis. Dagegen ging das Amt mit Widerspruch und Klage vor und gewann tatsächlich 1999 in erster Instanz vor dem Verwaltungsgericht Ansbach. Der Freistaat ging sogar noch einen Schritt weiter und stellte die Zuständigkeit für die Beseitigung

dieser unerlaubten Müllablagerungen an Straßenrändern, Parkplätzen und dergleichen in Frage. Vorübergehend führte dieses Verhalten dazu, dass das Reinigen auf Parkplätzen im Kreis Weißenburg-Gunzenhausen unterblieb und bis heute keine Müllbehälter mehr aufgestellt wurden.

Bayernweite Bedeutung

Für Landrat Georg Rosenbauer (CSU) steht jetzt fest, dass die Landkreise nicht nur berechtigt sind, Abfallgebühren für „wild“ abgelagerten Müll an Bundes-, Staats-, und Gemeindestraßen zu verlangen, sondern sie auch für das Einsammeln des Mülls nicht zuständig sind. Sein Fazit: „Das Urteil hat bayernweite Bedeutung. Das VGH hat keine Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen.“

Tönsmeier Kunststoffe investiert in neue Altfensteranlage

„Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Recycling-Initiative Rewindo im Rahmen der europäischen Selbstverpflichtung der PVC-Branche und der wachsende Altfenstermarkt bestätigen uns, weiter in unsere Anlagentechnik zu investieren“ so Tönsmeier Kunststoffe Geschäftsführer Stefan Nimz.

Der Shredder „Saturn“ der Fa. Lindner und die Horstmann-Fördertechnik zeigen als Bestandteile der neuen Anlage eindrucksvoll, welche Dimension die werkstoffliche Verwertung von Altfenstern im Hause Tönsmeier angenommen hat. „Das Resultat ist eine überzeugende Materialqualität“ betont Waldemar Klein, Sprecher des Beirates der Rewindo und Hauptverantwortlicher für den Bereich Forschung und Entwicklung sowie Qualitätsmanagement und Anwendungstechnik der profine GmbH. Die Qualität zeichnet sich insbesondere durch eine gute Homogenität, geringere Eigenspannung, saubere Zusammensetzung und Reproduzierbarkeit aus. Das wird u. a. durch den Einsatz von Metallseparatoren, durch elektrostatische Trennung und die Verwendung von Schmelzefiltern in der Granulierung erreicht.

Das wiedergewonnene sortenreine PVC-Recyclat wird von den Rewindo-Gesellschaftern zurückgenommen und prozesssicher der Produktion von neuen Fensterprofilen und langlebigen Bauprodukten zugeführt.

Ziel der Rewindo und seiner Recyclingpartner ist die Unterstützung der Umsetzung der Recyclingvorgaben für Altfenster der europäischen Selbstverpflichtung der PVC-Branche „VINYL 2010“. Danach wurden in 2003 bereits mehr als 25 % der erfassbaren, verfügbaren Menge von Abfällen aus Fensterprofilen erfolgreich werkstofflich verwertet; bis zum Jahre 2005 soll diese Quote auf 50 % ausgebaut werden.

Mit Energie Zukunft gestalten

Neufahrner Biomasse-Heizkraftwerk offiziell in Betrieb genommen
SFW GmbH als Planer, Bauherr und Betreiber

Im Beisein zahlreicher Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung feierten der Zweckverband Versorgungs- und Verkehrsbetriebe Neufahrn/Eching und der Energiedienstleister SFW GmbH, Saarbrücken, die offizielle Inbetriebnahme des neuen Biomasse-Heizkraftwerkes in Neufahrn. Künftig werden dort jährlich 40.000 Tonnen Holzhackschnitzel verarbeitet. Dabei wird soviel Energie erzeugt, dass umgerechnet 2600 Einfamilienhäuser in der Umgebung mit Fernwärme versorgt werden können und 7500 Einfamilienhäuser mit Strom, der vom Heizkraftwerk aus ins öffentliche Netz eingespeist wird.

Dadurch würden jedes Jahr 40.000 Tonnen weniger Kohlendioxid erzeugt als es bei der Verwendung fossiler Energieträger der Fall wäre, lobte Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu. Außerdem sei von Vorteil, dass die erzeugte Wärme „speicherbar und abrufbar“ sei. Wiesheu berichtete von einem regelrechten Boom der Biomasse in Bayern, die inzwischen die Energiequelle Wasserkraft überholt habe. Der Minister hob auch die gute Zusammenarbeit zwischen Zweckverband und SFW hervor: „Als Betreiber-Modell gibt das Projekt Neufahrn ein Beispiel, dass die Kooperation von Kommunen und Privatwirtschaft in Form von Contracting eine praktikable Möglichkeit ist, wie Energieprojekte schnell und effizient realisiert werden können.“

17 Mio. Euro Investition

Die SFW GmbH, ein Tochterunternehmen der RAG Saarberg AG mit Sitz in Saarbrücken, hat das Biomasse-Heizkraftwerk im Auftrag des Zweckverbandes geplant und gebaut. Auf Basis eines Pachtvertrages vom Februar 2002 betreibt SFW auch

die Anlage. Der Zweckverband investierte 17 Millionen Euro in das Projekt.

Umstellung wird begrüßt

Eigentümer ist der Zweckverband der Gemeinden Neufahrn und Eching, der auch den Umbau bezahlt habe und die Pachteinnahmen refinanzieren, erklärte der derzeitige Verbandsvorsitzende und Neufahrner Bürgermeister Rainer Schneider. Er erinnerte an die Widerstände gegen die frühere Müllverbrennungsanlage, die es gerade in Neufahrn gegeben habe, weil hier die Angst vor Belastungen wegen des vorherrschenden Westwinds größer als in Eching gewesen sei. Auch in der Nachbargemeinde wird die Umstellung freilich begrüßt, zumal die Fernwärme so weiterhin garantiert werden kann. Ein einziger Kamin sei schließlich besser als „wenn jeder seinen eigenen hätte“, meinte der stellvertretende Verbandsvorsitzende und Echingener Bürgermeister Josef Riemensberger.

Das angelieferte Holzmaterial - im Jahr sind es rund 40.000 Tonnen Rest- und Althölzer - wird in ein Holzlager transpor-

tiert und gelangt von dort direkt in die Brennkammer des Biomassekessels. Dort verbrennt das Holz bei mindestens 850 Grad Celsius. Die dabei entstehenden Rauchgase werden im Kesselzug über Wärmetauscher geleitet und erhitzen dabei kaltes Wasser zu Wasserdampf. Dieser Wasserdampf geht auf eine Turbine, die Strom erzeugt. Darüber hinaus wird das Unternehmen „Müller Brot“ mit Prozessdampf versorgt und Wärme für die Fernwärmeversorgung bereitgestellt.

Reststoff Flugasche

Die abgekühlten Rauchgase werden in der Rauchgasreinigungsanlage behandelt. So werden alle Schadstoffe auf die strengen deutschen Abgasnormen reduziert. Die Anlage besteht im Wesentlichen aus einem Vorentstauber (Multizyklon) und einem Hochleistungsgewebe-Filter, der die schadstoffbeladenen Staubeile abscheidet. Durch Eindüsung eines Kalkhydrat-Herdofenkoks-gemisches werden saure Rauchgasbestandteile absorbiert bzw. gebunden. Als Reststoff verbleibt Flugasche, die staubdicht gelagert und abtransportiert wird.

Bayern als Vorreiter

SFW-Geschäftsführer Dr. Henning-Müller-Tengelmann betonte, dass mit Anlagen wie jener in Neufahrn Klimaschutz-technik erprobt werde, die von

Deutschland aus in die ganze Welt exportiert werden könne. Deutschland und insbesondere Bayern könne so zu einem Vorreiter einer neuen Spitzentechnologie werden.

Keine Einsprüche

Das Biomasse-Heizkraftwerk wurde in einem Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung nach der 4. Bundesimmissionsschutzverordnung genehmigt und unterliegt den Anforderungen der Grenzwerte der 17. Bundesimmissionsschutz-Verordnung. Hierbei seien, so Müller-Tengelmann, keine Einsprüche erhoben worden, was das Vertrauen der Bevölkerung in die Umweltfreundlichkeit des Heizkraftwerks dokumentiere.

Beitrag zum Klimaschutz

Die Verbrennung von Biomasse ist CO₂-neutral, da nur so viel Kohlendioxid freigesetzt wird, wie beim Wachstumsprozess gebunden wurde. Dadurch leistet die Anlage einen Beitrag zum Klimaschutz. Die eingesetzte Kraft-Wärme-Kopplungstechnik erhöht noch den Minderungseffekt an CO₂ und schont zusätzlich die begrenzten fossilen Energievorkommen der Erde. Die CO₂-neutrale Verbrennung des Altholzes im Heizkraftwerk Neufahrn erspart der Umwelt im Vergleich zu herkömmlich gewonnener Energie im Jahr rund 40.000 Tonnen Kohlendioxid.

Partner SFW

Seit 1975 betreibt SFW als Partner des Zweckverbandes die zehn Kilometer nördlich von München gelegene Fernwärmeversorgung Neufahrn/



Im neuen Biomasse-Heizkraftwerk in Neufahrn werden künftig jährlich 40.000 Tonnen Holzhackschnitzel verarbeitet.

Eching (Anschlusswert rund 46 Megawatt). Zwei Drittel des Jahreswärmebedarfs wurden über die Ende 2000 stillgelegte Müllverbrennungsanlage gedeckt, die von der SFW-Schwestergesellschaft SOTEC betrieben wurde. Diese Anlage demontierte SFW und ersetzte sie

durch das neue umweltfreundliche Biomasse-Heizkraftwerk. Mit dem neuen Pachtvertrag, der eine Laufzeit von 20 Jahren hat, wird die nun schon 30-jährige Partnerschaft zwischen SFW und Zweckverband auf ein halbes Jahrhundert verlängert. **DK**

Bürgermeisterkonferenz des Landkreises Regensburg:

Landrat und Gemeinden packen Klärschlammproblem an

Abseits vom Tagesgeschäft über gemeinsame Probleme zu sprechen und Lösungen abzustimmen, war das erklärte Ziel einer Bürgermeisterkonferenz in Mühlbach im Altmühltal, zu der Regensburgs Landrat Herbert Mirbeth eingeladen hatte. Nur mit Mühe konnte dabei der mit vielen Themen vollbelegte Zeitplan eingehalten werden.

Die Klärschlammproblematik ist ein Thema, das allen Gemeinden auf den Nägeln brennt. Das Ausbringen auf den Feldern wird laut Mirbeth immer weniger akzeptiert, weder von den Landwirten selbst noch von den Verbrauchern, die keine Erzeugnisse auf mit Klärschlamm „gedüngten“ Feldern wollen. Für das Verbrennen stünden auch noch keine Strukturen zur Verfügung. Auch müsse die Frage gestellt werden, was nach dem 1. Mai passiert, „wenn in einem vereinten Europa womöglich der Markt, der immer Lösungen findet, die Ware Klärschlamm kostengünstig in die osteuropäischen Länder verfrachtet, um ihn dort auf den Feldern aufzubringen, auf denen landwirtschaftliche Produkte wachsen, die dann wieder bei uns auf den Markt kommen“. Auf all diese Fragen gebe derzeit weder Brüssel, noch Berlin, noch München den Gemeinden die dringend benötigte Antwort, erklärte Mirbeth.

Großräumige Lösungen

Bayern tendiert nach Ansicht des Bürgermeister-Sprechers Albert Höchstetter zur Verbrennung, in Berlin komme die landwirtschaftliche Verwertung wieder ins Gespräch, die EU in Brüssel sei noch ziemlich unschlüssig. Höchstetter ist sich sicher, „dass der Verbraucher mit Klärschlamm auf den Feldern nichts mehr zu tun haben will“. Der Müllzweckverband Schwandorf solle sich des The-

mas annehmen und großräumige Lösungen für das Einsammeln und Trocknen des Klärschlammes konzipieren, was allerdings nicht zwingend in die Verbrennung münden müsse.

Werben für Schulterchluss

Beim Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ informierte Landrat Mirbeth über erste Erfahrungen des von ihm initiierten Pilotprojekts im Landratsamt. Die Verwaltungsbeiräte des Standesamts und Erschließungsbeiträge seien häufig auf der Wunschliste einer engeren Zusammenarbeit gestanden, „die wirtschaftliches Arbeiten ermöglichen, aber keine Zuständigkeiten auflösen soll“. Bürgermeister Dagobert Knott, Regenstau, und Alfons Lang, Obertraubling, warben für den „Schulterchluss“ bei der Wasserversorgung, um den hohen Qualitätsstandard des Trinkwassers zu halten. Ein Umdenken mahnte Mirbeth an, das auch vor dem Wasserpreis nicht Halt machen könne: „Wir bezahlen derzeit nicht das hohe Gut Wasser, sondern nur dessen Gewinnung und Verteilung.“

Prekäre Lage

Mit eindrucksvollen Zahlen über die prekäre Lage der Bauwirtschaft warb Martin Schneider vom Bayerischen Bauindustrieverband für „Investitionen auch bei leeren Kassen“. Mit „Public-Private-Partnership“ soll dies möglich sein: Eine Ge-

meinde schreibt eine kommunale Aufgabe bzw. ein Projekt aus und überlässt es dem Anbieter, für Planung, Ausführung und Unterhalt „intelligente Lösungen“ zu suchen.

Freiwilligen-Agentur

Als neuer Kreisarchivpfleger stellte sich Dr. Artur Dirmeier den Bürgermeistern vor. Er appellierte, den Archiven in den Rathäusern als „Bestandteil einer effektiven, modernen Verwaltung“ Beachtung zu schenken und kündigte ein Treffen der Ortsarchivpfleger und der Sachbearbeiter für die Gemeindegeregistraturen im Landratsamt an. Weil „ehrenamtliche Tätigkeit unverzichtbar ist, dann aber auch ehrenamtlich verknüpft werden soll“, will Landrat Mirbeth im Herbst mit einer Freiwilligen-Agentur starten.

Neue Vorschriften

Neue Vorschriften im Baurecht kündigte schließlich Abteilungsleiter Horst Schmid an. So wird bei Bebauungsplänen eine Umweltverträglichkeitsprüfung zwingend vorgeschrieben sein. Die oft nur schwer verständlichen Abstandsvorschriften will man vereinfachen, die Umsetzung der Stellplatzpflichtung den Gemeinden überlassen.

Kreisbaumeister Helmut Ost warb für einheimisches Holz als Baustoff, der noch zu wenig eingesetzt werde. „Holz aus der Region“ soll nach den Worten von Mirbeth auch das Schwerpunktthema der 2. Regionaltage des Landkreises im Herbst werden. Außerdem will der Landrat einen „Holzpreis“ ausloben. **DK**

Rund 93.000 Besucher bei der 56. Augsburger Frühjahrsausstellung:

Zukunftsregion Schwaben von der „afa“ gestärkt

Minister Miller würdigt positive Signale und Gründungsdynamik
Viel Beifall für Sonderschau des Bezirkes, der Landkreise und Städte

Augsburg (jdt). Mit sichtbarer Ausstrahlung in weite Teile Süddeutschlands stärkte die 50. Augsburger Frühjahrsausstellung (afa) den Wirtschaftsstandort Schwaben. Mit der Schlussbilanz von rund 93000 Besuchern an neun Tagen und einer spürbaren Belebung der Nachfrage bei den Ausstellern wurde von den Veranstaltern zufrieden abgerechnet, auch im Vergleich zu ähnlichen Ereignissen in Bayern und Baden-Württemberg. Die Bedeutung der „afa“ würdigte der Hauptredner bei der Eröffnungsveranstaltung, Landwirtschaftsminister Josef Miller. Er nannte die eindrucksvolle Präsenz der rund 560 Aussteller einen „Beleg für die Zuversicht der regionalen Wirtschaft“.

Dokumentiert werde von dem größten Messeereignis im Regierungsbezirk dessen ganze Vielfalt und die Position Augsburgs als Regierungshauptstadt. Viel Aufmerksamkeit und Beifall fand die Sonderschau „Wir Schwaben“. Sie wurde vom Bezirk Schwaben, der Stadt Augsburg, schwäbischen Landkreisen, Städten und Gemeinden attraktiv gestaltet.

Leistungsfähiger Raum

Staatsminister Miller wandte sich in seiner Grundsatzrede gegen ein Übermaß an politischer Reglementierung. Er forderte eine erfolgreiche, marktkonforme Mittelstandspolitik auf Bundesebene, wie diese in Bayern praktiziert werde. Schwaben nannte der „afa“-Schirmherr einen leistungsfähigen Raum, weiterhin „ein Zugpferd der wirtschaftlichen Entwicklung in Bayern“.

Besonders erfolgreich sei die hohe Gründungsdynamik im Regierungsbezirk. Erfolgreiche

Existenzgründer bildeten die Basis künftigen Wohlstands. Mit Stolz registrierte der Repräsentant der Bayerischen Staatsregierung das herausragende Abschneiden Schwabens in dem Ergebnis einer Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialgeographischen Instituts der Universität Köln, mit einem Vergleich von 40 deutschen Regierungsbezirken: „Schwaben rangiert hier in Bayern auf dem zweiten Platz und im Bund auf einem hervorragenden fünften Rang“. Damit werde die herausragende Bedeutung Schwabens als Heimat der gewieften Tüftler und unternehmerischen Pioniere belegt, mit dem Anschluss an die Leistungen eines Rudolf Diesel, eines Willi Messerschmitt oder Hans Liebherr.

Schiennetz - Flughafen

Wirtschaft, Politik und Verwaltung müssten wie Josef Miller feststellte, weiter eng zusammenarbeiten, um Schwaben als Zu-

kunftsregion im erweiterten Europa zu etablieren. Dringend erforderlich seien eine gut ausgebaut Verkehrsinfrastruktur, der offensichtlich erneut gebremste viergleisige Ausbau des Schiennetzes der Bahn AG zwischen Ulm-Augsburg-München und u. a. der vollständige sechsstreifige Ausbau der A8 zwischen Ulm und München.

Keinen Schwebzustand dürfe man zulassen in der Frage, dass Schwaben einen leistungsfähigen und wirtschaftlich zu führenden Regionalflughafen brauche. Die Bewerbung Augsburgs um den Titel „Europäische Kulturhauptstadt 2010“ nannte Miller eine große Aufgabe. Ein Erfolg bringe eine positive Ausstrahlung auf ganz Schwaben.

Schöner und interessanter

In seine nachdrückliche Anerkennung für die „afa 2004“ bezog Miller die beteiligten Unternehmen ein, die „voller schwäbischer Zuversicht ihre Leistungskraft präsentieren“, ebenso die Messeleitung mit den Brüdern Könicke. Sie hätten es mit ihrem Team geschafft, die „afa“ im Jahr 2004 noch ein Stück schöner und interessanter zu gestalten, mit positiven Auswirkungen für ganz Schwaben.

Oberbürgermeister Paul Wengert, Augsburg, betonte: „Mit

dieser „afa“ ist Augsburg jetzt schon Kulturhauptstadt“. Er registrierte, diese Messe habe in den letzten Jahren einen „kräftigen Aufwind“ erfahren. In Augsburg konzentrierten sich aus diesem Anlass die Kräfte ganz Schwabens.

Bei diesem Schaufenster ohne Glas, so Wengert, werde auch der so nötige Optimismus befördert. Alle Beteiligten leisteten einen wichtigen Beitrag dazu, dass die Konjunktur wieder in Schwung komme. Spezielle Anerkennung sagte OB Wengert der Sonderschau „Wir Schwaben“ und den Gebrüdern Könicke für die erfolgreiche Organisation der „afa“.

Schätze der Heimat

Ein besonders attraktives Messepogramm beschleunigte die Präsidentin der IHK Schwaben, Hannelore Leimer, der Frühjahrsausstellung. Die EU-Osterweiterung nannte sie eine Herausforderung, die es erfolgreich zu gestalten gelte. Ausstellungsleiter Heiko Könicke stellte heraus, bei aller spürbaren Internationalität der „afa“ kämen auch die „Schätze der Heimat“ hervorragend zur Geltung.

Kraftquellen für Leib und Seele

Unter den zahlreichen Sonder-schauen der „afa“ waren „Wir Schwaben“ und „Augsburg International“ besondere Magnete. Hier hatten sich der Bezirk Schwaben, die Stadt Augsburg, schwäbische Landkreise, Städte und Gemeinden und die Diözese zu einem vielseitig interessanten Ausstellungsbündnis zusammengeschlossen. Unter den begeisterten Gästen aus dem In- und Ausland gab es viel Lob für Historisches, Sehenswürdigkeiten aller Art, Direktvermarkter, „Kartoffelwirte“, das reiche An-

gebot der Museen, Schlösser und reizvoller Kulturprogramme zwischen dem Ries und dem Allgäu. Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert konnte ebenso wie der Urschwabe und Schirmherr Minister Josef Miller jedem bei der „afa“ empfehlen, sich auf eine Entdeckungsreise durch das schöne Schwaben zu machen, mit seinen vielfältigen „Schokoladenseiten“ und Kraftquellen für Leib und Seele. ☞

Städtetagung:

Kooperation über Grenzen

Gunzenhausen (wefa) - Ob sie nun aus Oberbayern kommen, aus Nordschwaben oder Mittelfranken - die Bürgermeister haben überall die gleichen Sorgen. In einer Arbeitsgemeinschaft haben sich ihre Städte zusammengeschlossen. Nicht erst heute, sondern schon vor mehr als fünfzig Jahren. Der damalige Gunzenhäuser Bürgermeister Fritz Raab war der Initiator dieser Kooperation über die Grenzen der Regierungsbezirke hinweg. Bis heute gibt es den Dialog in Gestalt einer Arbeitstagung, die zwei Mal im Jahr im Wechsel der Standorte stattfindet.

Bei der letzten Zusammenkunft in Gunzenhausen ging es um kommunalpolitische „Dauerbrenner“ wie die Klärschlamm Entsorgung, den Mobilfunk und das Stadtmarketing, zudem um die kommunale Verkehrsüberwachung, die Schülerbeförderung, das Ökokonto und das freie Parken für Kurzparker. ☞

BRK nutzt Synergien

Gunzenhausen (wefa) - Die Einschnitte im Gesundheitswesen, der Rückzug der Staatsregierung aus der Finanzierung der Rettungsfahrzeuge und die mögliche Abschaffung des Wehr- und Zivildienstes signalisieren für das Rote Kreuz in Bayern, dass die Zeiten nicht besser werden.

Synergien sind also zu nutzen, wo es geht. Die bisherige Struktur der Organisation aufgebrochen haben jetzt die beiden Kreisverbände Weißenburg-Gunzenhausen und Roth-Schwabach. Sie schließen sich freiwillig zusammen. Ob sie damit eine „Gebietsreform“ im Roten Kreuz einleiten? BRK-Vizepräsident Gerhard Papp spricht jedenfalls von einem „Vorbild für Bayern“.

Solide Zweckehe

Die beiden Kreisverbände schließen die Zweckehe nicht aus der Not heraus. Beide arbeiten solide. „Dass die Strukturen aufgebrochen werden, das wäre

Bayerischer Gemeindetag:

Kreisverband Nürnberg informierte

Im Rahmen einer Versammlung des Kreisverbandes Nürnberger Land des Bayerischen Gemeindetages konnte Kreisverbandsvorsitzender und Erster Bürgermeister Konrad Rupprecht einen Großteil der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises, die zum Teil mit Mitgliedern ihrer Verwaltung erschienen waren, sowie den amtierenden Landrat Norbert Dünkel begrüßen.

Rupprechts besonderer Gruß galt Herrn Oberbürgermeister Claus Rammler von der Regierung von Mittelfranken und der Technischen Regierungsrätin Christine Brahm vom Landratsamt Nürnberger Land, die über die Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinien im Rahmen der Natura 2000 und deren Folgen für die Genehmigungspraxis referierten.

Zuvor sprachen stellvertretender Landrat Dünkel und der „Hausherr“, Erster Bürgermeister Wolfgang Plattmeier, Grußworte. Stellvertretender Landrat Dünkel ging dabei u. a. auch auf die Kreisumlage, die Situation der Kreiskrankenhäuser, die Umsetzung von Hartz-IV, den derzeit stark diskutierten Entwurf einer Ausbildungsabgabe und den Investitionsbedarf im Rahmen der G 8 ein. ☞

Sonthofen „Alpenstadt 2005“

Sonthofen ist zur „Alpenstadt des Jahres 2005“ gekürt worden. Der Titel wurde der Allgäuer Kreisstadt von einer Internationalen Jury zuerkannt. Damit werden u.a. die vielfältigen Umweltaktivitäten der Stadt gewürdigt. Sonthofen ist die achte Stadt im Alpenraum, die derart geehrt wird. Die Auszeichnung soll im nächsten Jahr groß gefeiert werden. Bürgermeister Hubert Bohl erklärte, die Stadt freue sich über diese begehrte Auszeichnung. Sonthofen habe seinem „Stadt-konzept Zukunft“ Akzente gesetzt und die Bürger aktiv einbezogen. Der Titel „Alpenstadt des Jahres“ wird seit 1997 von der internationalen Alpenschutzkommission „Cipra“ vergeben. Zentrales Anliegen der Kommission ist es, Maßnahmen zum Schutz des Alpenraumes mit der nachhaltigen, zukunftsweisenden Entwicklung der Region zu verknüpfen. Bisher trugen Bad Reichenhall, Villach (Österreich), Belluno (Italien), Maribor (Slowenien), Gap (Frankreich), Herisau (Schweiz) und Trento (Italien) den Titel davon. DK

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)
Lutz Roßmann (Landtag)
Brigitte Scherriele (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 01.01.2004

Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungsweise und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und
Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse
GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird
Recycling-Papier verwendet.

Arbeit statt Sozialhilfe:

Erfolgreicher Modellversuch im Landkreis Würzburg

Bis zu 30 Prozent der Sozialhilfeempfänger könnten wieder eine Arbeit finden, wenn sie gezielt und individuell unterstützt würden. Dies ist das Ergebnis eines Modellversuchs im Landkreis Würzburg, den Sozialministerin Christa Stewens in München zusammen mit Landrat Waldemar Zorn vorstellte. Das Projekt zeige, wie wichtig die Einbindung der Kommunen bei der Vermittlung arbeitsloser Menschen sei, erklärte Frau Stewens. Die Kosten für die Sozialhilfe konnten bei dem Versuch um ein Fünftel gesenkt werden.

An dem Modellprojekt haben 1.072 Personen teilgenommen, die durch 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreut wurden. Durch die individuelle Ausgestaltung der Einzelmaßnahmen konnten auch Personen mit stark eingeschränktem Leistungsvermögen, die sonst nicht integrierbar sind, wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden. In Zusammenarbeit mit der eigenen Arbeitsvermittlung der Sozialhilfeverwaltung des Landkreises Würzburg wurden in den

vergangenen Jahren stets über 200 Sozialhilfeempfänger pro Jahr in den ersten Arbeitsmarkt integriert. „Da neue Arbeitsplätze aber wiederum zur Abführung von Steuern und Sozialabgaben führen, kann ich die ‚Chance 2000‘ als erfolgreiches Beispiel für die nachhaltige Aktivierung von Sozialhilfeempfängern auch anderen Kommunen nur empfehlen“, erklärte die Ministerin. Das rund 7,3 Mio. teure Projekt mache deutlich, „wieviel Kreativität in den Kommunen und

ihren Partnern, den freien Trägern, bei der Vermittlung arbeitsloser und bedürftiger Menschen in den ersten Arbeitsmarkt steckt“.

Nach Angaben von Landrat Zorn konnten in den vergangenen sechs Jahren 1700 Menschen wieder in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, 90 Prozent von ihnen dauerhaft. Ein Großteil des dadurch eingesparten Geldes sei wieder in das Projekt gesteckt worden. „Wir haben gezeigt, wie förderlich es ist, in Arbeit statt in Arbeitslosigkeit zu investieren“, sagte Zorn.

Den Hauptursachen für Sozialhilfebezug - fehlende schulische und berufliche Qualifikation, geringes Erwerbseinkommen und Arbeitslosigkeit - konnte durch das Modell wirksam begegnet werden. „Auch schwer- und nicht vermittelbaren Hilfeempfängern konnte ein Stück Lebensqualität zurückgegeben, deren Alltagsbewältigung verbessert und neue Perspektiven eröffnet werden“, erläuterte Zorn. Im Hinblick auf die Vernetzung aller beteiligten Institutionen inklusive der regionalen Arbeitsmarktakteure und der Zusammenfassung aller Integrationsmöglichkeiten sei das Modell „wegweisend“.

Individueller Förderplan

Als Zielgruppe des Projektes bezeichnete Axel Möller, Geschäftsführer der Kolping Mainfranken gGmbH, arbeitsfähige und eingeschränkt arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger im Alter von 18 bis 60 Jahren, die in Vollzeit oder Teilzeit bzw. stundenweise zur Verfügung stehen und im Landkreis Würzburg wohnen. In einem ersten Schritt wurde mit den betroffenen Sozialhilfeempfängern ein individueller Förderplan erarbeitet. Daran schlossen sich eine Trainingsphase und die verpflichtende Teilnahme in einem Beschäftigungszentrum an.

Nach Angaben von Michael John, Geschäftsführer des wissenschaftlich begleitenden BASSIS-Institutes, findet programm- und individuell begleitet für jeden Teilnehmer - auch nach erfolgter Arbeitsvermittlung - ein individualisiertes soziales Coaching statt, um Abbrüche der Maßnahme zu vermeiden, die Motivation des Hilfeempfängers zu steigern und seine Persönlichkeitsstruktur zu verbessern. So seien über ein Viertel der Teilnehmer durch besondere psychische Belastungen, Behinderung, Suchtprobleme oder Vorstrafen belastet gewesen. „Nur durch die gezielte Abstimmung der Maßnahme auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Teilnehmer konnte der Erfolg bei diesen belasteten Personen sichergestellt werden“, so John. Durch die enge Kooperation zwischen Sozialhilfeverwaltung und dem Träger der Maßnahme sei es gelungen, ein Angebot „aus einem Guss“ zu realisieren und damit das Ziel, „zu fördern und zu fordern“ konkret werden zu lassen. **DK**

und ehrenamtlichen Initiativen in einer Plakatausstellung vorzustellen.

Insgesamt haben sich 192 Kommunen, Gruppen und Initiativen an der Ausschreibung beteiligt. Die Robert Bosch Stiftung hat 26 Preise vergeben, einen ersten Preis zu 10 000 Euro, zwei zweite Preise zu 7500 Euro, drei 3. Preise zu 4000 Euro Preisgeld und 20 Anerkennungsgeld zu je 1000 Euro. **KI**



Partnerschaft besiegelt

Ansbach (wefa) - Seit vier Jahren besteht eine regionale Partnerschaft zwischen der Wojewodschaft Pommern und dem Bezirk Mittelfranken. Genau an dem Tag, an dem zehn neue Länder der EU beitraten, unterzeichneten Bernhard Gottbehüt, der Bürgermeister von Stein bei Nürnberg, und sein polnischer Kollege Adam Zazambrowski aus Putzig (Puck) die zweite kommunale Partnerschaft (nach Wendelstein mit Zukowo) zwischen einer Gemeinde aus Mittelfranken und Pommern. „Taufpaten“ waren Bezirkspräsident Richard Bartsch und Jan Kozłowski, der Marschall der Wojewodschaft Pommern. Die Stadt Putzig hat 14000 Einwohner und liegt nordwestlich von Danzig. Unser Bild zeigt von links: Krystian Kaleta, Vorsitzender des Putziger Stadtrats, Steins Bürgermeister Bernhard Gottbehüt, Bürgermeister Adam Zazambrowski, Bezirkspräsident Richard Bartsch und Jan Kozłowski (Marschall der Wojewodschaft Pommern). **SK**

Fürther Limoges- und Limousin-Haus:

Feierliche Auszeichnung für bürgerschaftliches Engagement

Die Robert Bosch Stiftung mit Sitz in Stuttgart hat die Eröffnung des Limoges- und Limousin-Hauses (Lim) in Fürth mit dem 3. Preis für bürgerschaftliches Engagement in deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften ausgezeichnet. Die Stadt Fürth hatte sich im Namen der anderen drei Lim-Partner, Stadt Limoges und die Bezirke Mittelfranken und Limousin, an der Ausschreibung beteiligt.

Das Lim war am 24. Mai vergangenen Jahres mit Vertretern der vier öffentlichen Partner und einigen tausend Besucherinnen und Besuchern während eines deutsch-französischen Straßenfestes im Herzen der Stadt eröffnet worden. Das Limoges- und Limousin-Haus fördert die Städte- und Regionalpartnerschaft, verkauft regional-typische Produkte, vermittelt Sprachkurse und macht französische Gastfreundschaft und Spezialitäten in einem integrierten Bistro erlebbar.

Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, für den die Städtepartnerschaft zwischen Fürth und Limoges auch als Grundlage der europäischen Einigung ein sehr wichtiges Anliegen ist, zeigte sich sehr erfreut über den Preis der Robert Bosch Stiftung für das Lim: „Er würdigt das herausragende Engagement vieler Menschen in beiden Ländern

und macht die Bedeutung der deutsch-französischen Begegnungstätte für eine lebendige Partnerschaft deutlich.“

Verleihung am 18. Juni

Der „Preis für bürgerschaftliches Engagement in deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften“ wird im zweijährigen Turnus deutschlandweit ausgeschrieben und in diesem Jahr zum zweiten Mal verliehen. Die Preisträger werden im Beisein des Schirmherrn Professor Dr. Dr. Rudolf von Thadden, Berater für die deutsch-französischen zwischen-gesellschaftliche Zusammenarbeit, dem Generalkonsul von Frankreich Dr. Henri Reynaud und Jurymitgliedern am 18. Juni im Neuen Schloß Stuttgart ausgezeichnet. Während der Veranstaltung haben die Gewinner Gelegenheit, ihre Projekte

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Stutenbisse schmerzen in aller Regel am Heftigsten.“ Mein Chef, der Bürgermeister, freute sich schon diebisch auf das Duell zwischen Fanny Bacher und Claudia Elfer. Beiden hatte der Bürgermeister die Aufgabe gestellt, etwas Schwung in den Europawahlkampf zu bringen. Er wollte sich das Vergnügen nicht entgehen lassen, wie die beiden gegeneinander um seine Gunst buhlen.

Denn der Bürgermeister hat viele gute Eigenschaften, die zu rühmen gerade ich nicht müde werde. Zu diesen gehört, dass er sehr klar und aus Überzeugung - nicht nur aus taktischen Überlegungen heraus - für eine stärkere Rolle von Frauen in der Politik eintritt. Aber er bleibt dennoch ein Mann, der seinen Macchiavelli gelesen hat. Frauen sollen somit dann eine Rolle spielen, wenn er das Sagen behält. Er würde es



tische Fähigkeiten fast mehr gefürchtet als geachtet sind.

Tatsächlich, wenn die beiden es zu einem Duell der Amazonen hätten kommen lassen, wäre die Anekdotensammlung vom Chef mal wieder für Monate gefüttert worden. Aber, war es Instinkt oder wurden sie gewarnt, wer weiß, die beiden haben uns allen ein Schnippen geschlagen und sich aufs Zusammenarbeiten verlagert.

Raffiniert haben sie ihre Stärken und Schwächen zusammen gelegt. Claudia, die Intellektuelle, hat sich darauf verlegt, Artikel für die Heimatzeitung zu schreiben und klug über die Vorteile der europäischen Einigung für das Städtchen zu berichten. Sie hat den Humanistenzirkel zu einer Aktion „Die Spuren Roms und Athens vom Nordcap zur Algarve“ animiert und sich ein großes Europa-Quiz für die Infostände ausgedacht.

Fanny geht es bodenständiger an und wirbt bei Veranstaltungen mit Volksmusik und kulinarischen Spezialitäten aus ganz Europa. Motto: Wir sind uns ähnlicher als wir denken. Sie hat ihren Schirmherrn Hajo Klein angefixt, dass sich die örtliche Wirtschaft stark im Vorfeld der Wahlen engagiert und sogar den Vorsitzenden des Philatelistenvereins zu einer Ausstellung mit Europa-Briefmarken überredet.

So fand der Zickenkrieg nicht statt und stattdessen ziehen zwei fleißige Stuten den Karren in die gleiche Richtung. Naja, schon die mythologische Europa war eine Frau, die einem Mann auf dem Kopf herum tanzte bzw. Zeus in Gestalt eines Stiers zuritt. Vielleicht muss auch mein Chef, der Bürgermeister, sein Urteil über die Frauen in seiner Fraktion überdenken. Frei nach dem Kalenderblatt von heute, der einen Spruch der Schauspielerinnen Trude Hesterberg trägt: „Auch die schwächste Frau ist noch stark genug, um mehrere Männer auf den Arm zu nehmen.“



Zickenkrieg? Fehlanzeige!

zwar nie so plump ausdrücken, wie dies der ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD in Nordrhein-Westfalen getan hat, der einmal meinte, er sähe es nicht ein, einer Frau nur deshalb einen Posten zu überlassen „weil die unten herum aussieht als ich“. Aber ich möchte nicht behaupten, dass er sich von dieser Wortmeldung distanzieren würde. Und er macht sich einen Spaß daraus, mit den verschiedenen Charakteren zu spielen, damit keine ihm zu mächtig wird.

So auch zwischen Fanny und Claudia, die nicht unterschiedlicher sein könnten. Einerseits die mittelalterliche, zur Matronenhaftigkeit neigende Fanny, nicht die hellste, die stark, auch was ihr politisches Urteil angeht, abhängig ist von einem Unternehmer am Ort. Andererseits Claudia, jung, bildschön und blitzgescheit, eine Familienmanagerin par excellence, die Zwillinge mit ihrem beruflichen und politischen Engagement unter einen Hut bringt und deren analy-

Landschaftsplan-Umsetzung in Niederbayern:

Publikation zeigt beispielhafte Projekte

Vorbildliche Aktivitäten aus 26 Landschaftsplanumsetzungen in Niederbayern stellt die Regierung von Niederbayern auf 99 Seiten in einer neuen Publikation mit knapp 300 Farbbildern vor. Das erste Exemplar der druckfrischen, umfangreichen Dokumentation wurde jetzt an Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger übergeben.

In Niederbayern wird seit gut zehn Jahren überaus erfolgreich an der Umsetzung der kommunalen Landschaftspläne gearbeitet. Im bayerischen Vergleich wurden bisher überdurchschnittlich viele Landschaftspläne umgesetzt. Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger wertete dies vor allem als ein Verdienst von Heinrich Krauss, der als Leiter des Sachgebiets Naturschutz die Umsetzungen zu seinem persönlichen Anliegen gemacht und maßgeblich angestoßen habe. Damit seien auch beachtliche Fördermittel des Freistaats und der Europäischen Union nach Niederbayern geholt worden.

Wunsch nach Inspiration

Allein aus dem Landschaftspflege- und Naturpark-Programm seien in den letzten zehn Jahren über 2,7 Millionen Euro für Umsetzungsmaßnahmen bereitgestellt worden. „Ich wünsche mir“, so Dr. Zitzelsberger, „dass die vielen ausgezeichneten Beispiele der informativen und sehr anschaulich bebilderten Dokumentation genug Inspirationen für zahlreiche weitere Umsetzungsmaßnahmen in Niederbayern liefern“.

Niederbayern kann inzwischen eine Fülle hervorragender Beispiele für gelungene Umsetzungsmaßnahmen vorweisen. Viele zeigen, dass Landschaftsplanumsetzungen nicht immer mit großem finanziellen Auf-

wand verbunden sein müssen, vielmehr sind - lässt man die Zeit für sich spielen - auch sehr preiswerte und doch effektive Maßnahmen möglich. Die Dokumentation der Regierung zur „Umsetzung von Landschaftsplänen in Niederbayern“ zeigt, wie auch Gemeinden mit weiträumiger intensiv-landwirtschaftlicher Nutzung erfolgreiche Anstrengungen für „mehr Natur“ in ihrem Gemeindegebiet unternehmen.

Vielfalt der Probleme

Ausgewählte Beispiele aus allen Landkreisen Niederbayerns demonstrieren die Vielfalt der aufgegriffenen Probleme und ihre Lösungen. Vorgestellt werden vorbildhafte Planungen wie auch konkret ergriffene Maßnahmen zur Renaturierung von Fließgewässern, zum Hochwasserschutz, zur Erosionsminderung, zum Artenschutz hochbedrohter Tier- und Pflanzenarten, zur Pflege und Erhaltung wertvoller Kulturlandschaft oder zur Erholungsvorsorge.

Infos zur Wertschöpfung

Ergänzt werden diese Kapitel durch Informationen zur Wertschöpfung für die Gemeinden, zu Umsetzungsstrategien und zur Öffentlichkeitsarbeit. Mehrere Beispiele stellen auch die Einbeziehung der örtlichen Schulen vor.

Wie die Beispiele eindrucksvoll belegen, zahlen sich die Anstrengungen direkt für die Gemeinden und ihre Bürger aus, durch Kosteneinsparungen etwa bei der Gewässerunterhaltung oder infolge geringerer Hochwasserschäden, durch zusätzliche Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft in der Vermarktung regionsspezifischer Spezialitäten oder durch eine Erhöhung der Attraktivität der Landschaft für den Tourismus. Schließlich bedeutet es auch mehr Lebensqualität für alle, wenn in der eigenen Gemeinde noch seltene Arten wie der Schwarzstorch oder das Holunderknabenkraut eine Lebensmöglichkeit haben.

Wertvolle Ideenbörse

Heinrich Krauss: „Die Dokumentation bietet mit ihrer repräsentativen Auswahl an Einzelmaßnahmen eine wertvolle Ideenbörse für Gemeinden, Planungsbüros und interessierte Bürger.“ Mit den 45 vorgestellten Einzel-Projekten zeige sie konkret, wie ein Landschaftsplan mit Leben erfüllt und dabei wirklich viel bewegt werden könne. Oft werde mit der Umsetzung des Landschaftsplans auch ein Prozess in Gang gesetzt, der weit über die eigentlichen Planungen hinaus positive Entwicklungen im Sinne der AGENDA 21 anstoße. Besonders freue ihn, dass die Broschüre, die auch an alle niederbayerischen Schulen gehe, bereits vor ihrem Erscheinen von zahlreichen Fachinstitutionen, beispielsweise auch aus der Schweiz, angefordert worden sei. **DK**

Quo vadis Ingolstadt?

Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann zieht positive Zwischenbilanz

Nach nunmehr zwei Amtsjahren hat Ingolstadts OB Dr. Alfred Lehmann ein erstes Zwischenresumée seiner Tätigkeit gezogen und dabei auch die Frage erörtert, welche Rolle die Städte im Gemeinwesen spielen. Seine persönliche Bilanz: „Bürger, Stadtrat und Stadtverwaltung arbeiten trotz harter Zeiten erfolgreich an ihrer Stadt.“

Lehmann ist der Ansicht, dass es nicht sein kann, dass die Kommunen nur noch übertragene, also Pflichtaufgaben erfüllen und für freiwillige Leistungen kein Spielraum mehr besteht: „Dann haben wir nur noch ‚Kommunalverwaltung‘, aber keine ‚Kommunalpolitik‘ mehr - und das wäre das Ende der Kommunalautonomie, der Selbstverwaltung.“

Motivierendes Klima

Dass Ingolstadt im Vergleich mit anderen bayerischen Städten und erst recht im Vergleich mit bundesweiten Daten noch relativ gut dasteht, sei ein schwacher, aber immerhin ein Trost. Rechtzeitig und rasch habe die Stadtführung ihre Hausaufgaben angepackt und sich

auf die „mageren Jahre“ eingestellt. Dabei habe der Stadtrat aktiv mitgearbeitet und sich das sprichwörtlich gute kooperative Klima dort motivierend ausgewirkt.

Konsolidierungsprogramm

Besonders zu nennen ist nach den Worten des Oberbürgermeisters das Personalkonsolidierungs-Programm, sprich der Abbau von 200 Planstellen in vier Jahren. Hier liege man im Plan.

Lehmann: „Wir gehen hier einen Weg in Abstimmung mit der Personalvertretung und er wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitgetragen, die wissen, dass es ein gemeinsamer Weg ist und es letztlich keine Alternative dazu gibt.“

Dazu gehöre auch, dass im Verwaltungshaushalt des Jahres 2004 im Vergleich zum Jahr 2002 Einsparungen in Höhe von 11 Prozent erreicht wurden. Dies sei ohne gravierende Einschnitte geschehen, ohne Kahlschlag, ohne freiwillige Initiativen abzuwürgen, ohne tiefe Eingriffe in das Leistungsspektrum der Stadt.



OB Alfred Lehmann.

Ohnehin, so Lehmann weiter, sei die Stimmung in der Stadt vom Grundtenor her durchaus positiv. Dies liege u.a. daran, dass Audi auf dem besten Weg sei, ein Vorzeigeunternehmen der internationalen Wirtschaft zu werden, zudem die vielen Instrumente der Gesprächskreise und Kontaktforen zwischen Unternehmen, Stadt, Arbeitsverwaltung und Gewerkschaften

eine beispielhafte Grundlage für eine gemeinsame Bewältigung der Herausforderungen böten und Ingolstadt schließlich auch zu den „Boom-Städten“ in Deutschland zähle.

Darüber hinaus seien Ingolstadts Tochtergesellschaften, die Stadtwerke, das Klinikum, die Sparkasse und die IFG, um nur einige zu nennen, auf einem sehr guten Weg. Mit dem Wonnemar habe die Stadt zusätzliche Attraktivität gewonnen und setze dazu an, den Fremdenverkehr - gemeinsam mit Audi, den Fremdenverkehrseinrichtungen, dem Hotel- und Gaststättenverband - in neuer Form zu organisieren.

Belebte Innenstadt

Mit dem Neubau der Sparkasse, dem Bürger-Service-Zentrum am Rathaus, der Markthalle und dem Programm zur Sanierung jener Gebäude in der Altstadt, die der Sanierung bedürfen, sei in die Ingolstädter Innenstadt viel Bewegung gekommen, führte der Rathauschef aus. Erfreulicherweise gebe es auch viele private Investoren, wie sich an den Beispielen Moritzgalerie, Ackerbürgerhaus, Danielblock und gotische Stadel eindrucksvoll belegen lasse.

Die Saturn-Arena habe Ingolstadt eine Möglichkeit für Veranstaltungen eröffnet, die bislang dort nicht stattfanden. Zur guten Stimmung in der Stadt habe letztlich auch der große Er-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt von der Firma BayWa, München bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

folg des Ingolstädter Eishockeys beigetragen.

Ingolstadt verfüge aber auch über ein gewaltiges Reservoir an Initiativen, die in den Bereichen Schule, Bildung und Kultur die Leistungsfähigkeit der Stadt deutlich machen. Dies gelte auch für den „Wissenschaftsstandort“ Ingolstadt. Die dort ansässigen Hochschulen - die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät und die Fachhochschule - hätten sich glänzend entwickelt, und mit IN.ITUM sei eine beispielgebende Initiative für die Kooperation von Stadt, Audi und universitärer Forschung erwachsen.

Investitionsschwerpunkt

Dass die Stadt Ingolstadt dort, wo es um Hilfen für sozial Benachteiligte, die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, um Unterstützung für Jugendliche und Kinder geht, alles tut, was sie leisten kann, weist Lehmann zufolge der Haushalt aus.

Trotz äußerster Haushaltsdisziplin sei weder bei Schulbauten noch bei den Projekten des Programms Soziale Stadt der schwere Sparstift angesetzt worden, im Gegenteil: Schulbaumaßnahmen stellten im lau-

fenden Haushalt den eindeutigen Investitionsschwerpunkt des städtischen Hochbaureferats dar.

Dass in Ingolstadt bürgerschaftliches Engagement tatsächlich gelebt wird, zeige die Bürgerstiftung Ingolstadt. Sie wird nach Auskunft Lehmanns Ende Juni formell gegründet werden. Das Gründungskapital liege weiter über dem, was vergleichbare Stiftungen in anderen Städten vorweisen. Daneben sei mit INGENIUM eine weitere Stiftung begründet worden, die mit hohem finanziellen und persönlichen Einsatz die Lebensbedingungen der Demenzerkrankten verbessern will. **DK**

Neuer Bürgermeister in Nersingen

Erich Winkler (CSU) hat die Bürgermeister-Stichwahl in Nersingen, Landkreis Neu-Ulm, gewonnen. Er setzte sich in der Gemeinde mit rund 9000 Einwohnern gegen den SPD-Kandidaten Roland Eichmann mit 57,8 Prozent der Stimmen durch. Der amtierende Bürgermeister Dieter Wegerer von den Freien Wählern war bereits im ersten Wahlgang ausgeschieden. **DK**

Vorschau auf GZ 11

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 11, die am 3. Juni erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- ≪ Kommunalfahrzeuge
- ≪ Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- ≪ Technische Ausstattung öffentlicher Gebäude